:antifaschistische nachrichten

Nr. 1

g 3336 9.1.2015 31. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

AfD-Nachwuchs tagt

Bottrop. Der – noch nicht offizielle – Jugendverband der sog. „Alternative für Deutschland“ (AfD), die „Junge Alternative“ (JA), führt Anfang Januar 2015 seinen Bundeskongress in Bottrop durch. Schon die Wahl der Ruhrgebietsstadt als Veranstaltungsort löst in Teilen des Jugendverbandes Kritik aus. Bottrop sei zu abgelegen und erschwere den östlichen JA-Landesverbänden die Anreise. Wohin sich der aus rund 620 Mitgliedern bestehende Jugendverband politisch entwickeln wird, ist derzeit offen. Die Stimmung bei den jungen Mitgliedern ist gereizt und könnte eskalieren. So ist z.B. die Frage, ob der Verkauf von Cannabis freigegeben werden sollte, heftig umstritten. Die politischen Auseinandersetzungen seien in der JA fast noch intensiver als in der AfD, so JA-Bundesvorsitzender Philipp Ritz gegenüber der „Jungen Freiheit“ (51-2014). Er hoffe, dass sich in Bottrop alle zusammenreißen, sonst könnte es knallen, so Ritz. *hma* ■

Kittels Abgang

Berlin. Die vom Stiftungsrat der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ am 15. Dezember getroffene Entscheidung, ihren bisherigen Direktor, Prof. Dr. Manfred Kittel, von seinen Aufgaben zu entbinden, stößt in Teilen der „Vertriebenen“-Verbände auf Kritik. Kittel sei Opfer einer einseitigen ideologischen Kampagne, heißt es von Bernd Posselt (CSU), Sprecher der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“. Kittel habe von Anfang an „unter Beschuss wissenschaftlicher Berater“ gestanden, die das „monströse Verbrechen der Deutschen-Vertreibung“ relativieren wollten, so der im früheren Sudetenland geborene Gernot Facius in der „Jungen Freiheit“ (51-2014). Die „Causa Kittel“ sei „ein weiteres Indiz für den Bedeutungsverlust“ des „Bund der Vertriebenen“, so der ehemalige Redakteur der Zeitung „Die Welt“. *hma* ■

SPENDENKAMPAGNE FAST ERFOLGREICH!

Unsere Spendenkampagne hat 2445 Euro der anvisierten 3000 Euro erreicht! Ein RIESEN-DANKESCHÖN an alle Spenderinnen und Spender! DEN REST SCHAFFEN WIR AUCH NOCH! ODER?

Auf der Straße am 5. Januar 2015

	Pegida	Nopegida
Dresden	18.000	5.000
Berlin	300	5.000
Köln	500 - abgesagt	5.000
München	60	1.500
Stuttgart	keine Veranstaltung	8.000
Hamburg	keine Veranstaltung	4.000
Münster	keine Veranstaltung	8.000-10.000
Rostock	keine Veranstaltung	800

Quelle: Website des MDR
Die Zahlen sind Polizeiangaben.
In Köln z.B. gehen seriöse Schätzungen von ca. 10000 Teilnehmenden an den Protesten gegen Kögida aus.

„Legida“ spricht braunen Klartext

Asyl und Integration nur in „sehr wenigen Ausnahmefällen“, zurück zur „nationalen Kultur“: Die selbsternannten Retter des Abendlandes wollen nicht rassistisch sein. Dummerweise fallen ihnen hauptsächlich Parolen der extremen Rechten ein.

Das Legida-Bündnis („Leipzig gegen die Islamisierung des Abendlandes“), das am 12. Januar durchs Leipziger Waldstraßenviertel marschieren will, hat ein Positionspapier veröffentlicht.

Die 17 Forderungen sollen ernstlich der „Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung“ dienen – und wenden sich in holpriger Sprache offen gegen Grundrechte. Seit heute Nachmittag kann der Text auf der Legida-Facebook-Seite abgerufen werden.

Dort wird einleitend gefordert, eine „Unterwanderung unserer Glaubenskultur“ zu verbieten. Fraglich ist, worin diese Glaubenskultur in einem mehrheitlich konfessionslosen Bundesland wie Sachsen bestehen soll. Legida will zwar „insbesondere der islamischen Religion“ jedwede „Missionierung“ untersagen lassen. Fakt ist aber: Die eifrigsten Missionare in Sachsen sind evangelikale Sekten. Sie agitieren unter anderem gegen die Gleichstellung der Geschlechter und gegen Sexualaufklärung an Schulen.

„Reformation“ von rechts

Beides haben zwischenzeitlich nicht nur AfD-PolitikerInnen und Nationalisten wie Jürgen Elsässer aufgegriffen, sondern es findet sich nun auch in den Legida-Positionen. Neben der „Reform des Gleichstellungsgesetzes (Gender Mainstreaming)“ wird dort in freudscher Ehrlichkeit eine „Reformation des Schul- und Bildungssystems“ gefordert.

Aber das ist nur Beiwerk. Die Kernbotschaft geht auf eine vollständige Streichung des Grundrechts auf Asyl aus: Geflüchtete, so heißt es weiter, sollen nur dann integriert werden, wenn „längerfristig Asyl“ gewährt werden müsse – was „nur in sehr wenigen Ausnahmefällen gegeben“ sei. Legida belegt damit nicht nur eine überdurchschnittliche Ahnungslosigkeit von gerade der Weltlage, mit der sie ihre rassistischen Aversionen („Glaubenskriege auf deutschem Boden“) begründen will.

Sondern per Federstrich werden alle tatsächlichen Fluchtgründe für inexistent erklärt. Integration – so lautet der Umkehrschluss – stehe damit gar nicht an. So weit

Fortsetzung Seite 2 unten

Westpreußen in Warendorf

WARENDORF. Das „Westpreußische Landesmuseum“, das von Münster nach Warendorf umziehen musste, wurde im Dezember im früheren Franziskanerkloster in Warendorf neu eröffnet. Künftig stehen dem Museum 50 % mehr Ausstellungsfläche zur Verfügung. Dabei wird das Museum zu 80 % von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien finanziert. Weitere Fördermittel gibt es vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe, dem Land NRW und der Stadt Warendorf. Die völlig neu konzipierte Dauerausstellung hat den Anspruch, einen zeitgemäßen Zugang zur Geschichte Westpreußens als „deutsch-polnische Kulturregion“ zu vermitteln. Das dem Haus angegliederte „Kulturreferat für Westpreußen“ will künftig Veranstaltungen in dem Museum durchführen. Die weitere Entwicklung des – in enger Zusammenarbeit mit den „Vertriebenen“-Verbänden – als Ort der Erinnerung an Flucht und „Vertreibung“ gegründeten Museums ist abzuwarten.

hma ■

HoGeSa kündigt Aufmarsch am 18. Januar an

ESSEN – Die „Hooligans gegen Salafisten“ (HoGeSa) wollen am 18. Januar in Essen aufmarschieren. Dies wurde gestern in einer Videobotschaft bekannt gegeben. Darin wendet sich der Herner Andreas „Kalle“ Kraul an die HoGeSa-Gefolgschaft: „Wir lassen in Deutschland nicht zu, dass wir von den Leuten terrorisiert werden. Wenn wir Terror haben wollen, machen wir ihn selber. Und das tun wir jetzt. Wir machen Essen 2.0. Wir rocken den Pott. Wir sind am 18.1. in Essen wieder da.“

Herner Hooligan mobilisiert nach Essen

Kraul war im Oktober zum Regionalleiter West von HoGeSa ernannt worden. Nach dem HoGeSa-Aufmarsch in Köln, wo es zu Attacken auf Polizeikräfte sowie PassantInnen und AnwohnerInnen durch die Hooligans und Neonazis gekommen war, hatte Kraul seinen Rückzug von HoGeSa bekannt gegeben. (nrwrex berichtete) Nun tritt er wieder offiziell als Sprecher des „HoGeSa-Teams“ auf. In einer früheren Meldung von HoGeSa hieß es, dass die nächsten Aufmärsche im Jahr 2015 erst im Februar im „Osten“ und im April im „Süden“ stattfinden sollten. Von einer weiteren Aktion in NRW war zunächst nicht die Rede gewesen, lediglich ein „Solidaritätskonzert“ mit mehreren RechtsRock-Bands kündigte HoGeSa für den 24. Januar im „Ruhrpott West“ an.

Versammlung angemeldet

Der Polizei Essen liegt nach Informationen von Der Westen die Anmeldung einer Versammlung vor, die am 18. Januar in der Zeit von 14 bis 18 Uhr auf dem Willy-Brandt-Platz am Essener Hauptbahnhof stattfinden soll. Der Veranstalter habe 4000 Teilnehmende angekündigt und das Motto solle „Keine Islamisierung – Deutschland gegen radikalen Salafismus“ lauten. In Essen fand am 21. September bereits das erste „Treffen“ der „Hooligans gegen Salafisten“ statt, das von der Polizei aufgelöst wurde.

Quelle: http://nrwrex.wordpress.com/2014/12/29/e-hogesa-kundigt-aufmarsch-am-18-januar-an/

Das sind die „Legida“-Organisatoren

LEIPZIG. Hinter dem am 12. Januar 2015 geplanten Rassistenmarsch „Legida“ stehen zwei Leipziger aus der Fußballfanszene: Marco Prager ist Anmelder der Demonstration, Silvio Rösler wurde als Versammlungsleiter benannt. Die Demonstration soll dem Vernehmen nach am Sportforum beginnen und unter anderem durchs Waldstraßenviertel führen.

Wer sind die Organisatoren?

Prager (40) ist in der Lok-Fanszene beheimatet. Auf der Facebook-Seite des Vereins nahm er nach den teils durch Neonazis geschürten Ausschreitungen bei einem Babelsberg-Spiel die Fangruppe „Scenario Lok“ in Schutz.

Die Gruppe galt bis zu ihrer kürzlichen Scheinauflösung als eine der vier großen Fangruppen in Sachsen, die der Neonaziszene nahe stehen.

Auffällig: Anhänger zweier weiterer Fangruppen aus diesem Spektrum, die „Hooligans Elbflorenz“ und „Faust des Ostens“, unterstützen die Dresdner Pegida-Märsche („Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“) und damit das direkte Legida-Vorbild.

Rösler (51) war zeitweise in der Leutzscher SGLL-Fanszene aktiv, spielt selbst bei den Senioren von TuS Leutzsch. Im Jahr 1999 wollte er für die DSU – Reste der Partei finden sich heute bei der AfD – in den Leipziger Stadtrat einziehen. Pressestatement von damals: „Sozialhilfeempfänger müssen strenger kontrolliert werden.“ Heute ist Rösler befreundet und geschäftlich verbandelt mit dem Leipziger AfD-Aktivisten Roman Topp, ebenfalls ein gescheiterter Stadtratskandidat.

Einschlägige Interessen und Kontakte

Prager und Rösler teilen eindeutige Interessen, darunter nicht nur die Abneigung gegen RB Leipzig – sondern auch die Zustimmung zur „Bürgerinitiative Gohlis“, einer Vorfeldorganisation der NPD.

Auf der zugehörigen Facebook-Seite bezeichnete Rösler den Leipziger Oberbürgermeister Jung als „erbärmliche Gestalt“ und „gesichtslosen Windbeutel“. Anlass war Jungs Weigerung, von der NPD gesammelte Unterschriften gegen einen geplanten Moscheebau entgegenzunehmen.

Aufschlussreich ist auch Röslers nicht nur virtueller Freundeskreis: Thomas Gerlach (Spitzname „Ace“) gehört ebenso dazu wie Siegfried Däbritz. Der eine ist ein bundesweit bekannter Neonazi aus Thüringen, der andere ein aus Meißen stammender Mitorganisator und „Security-Chef“ von Pegida. Auch bei HoGeSa soll Däbritz mitgemischt haben.

https://www.inventati.org/leipzig/?p=2785

antifa-info, DIE LINKE. Sachsen ■

Fortsetzung von Seite 1

ging bislang nicht einmal das Dresdner Pegida-Vorbild.

Forderungen der extremen Rechten

Wo nicht integriert wird, soll offenbar ausgegrenzt werden. Dass nichts anderes gemeint ist, zeigen weitere Legida-Forderungen, bei denen es sich um eine schlagwortartige Aufzählung dessen handelt, was bislang Markenkern der NPD war:

- „Abkehr von Multikultur“
- „Wiedererlangung unserer nationalen Kultur“
- „Beendigung des Kriegsschuldkultes“

Die zusätzliche Legida-Forderung nach „Erarbeitung einer Verfassung“ ist dagegen eine Spezialität so genannter „Reichsbürger“.

Aufschlussreich ist der allerletzte Punkt des Positionspapiers: „Sofortige Einstellung staatlicher Finanzierungen von außerparlamentarischen politischen Vereinigungen.“ Demnach steht zu erwarten, dass der neuerdings eingetragene Verein namens „Pegida e.V.“ auf die Gemeinnützigkeit und damit verbundene Steuererleichterungen verzichten wird. Es wäre die erste anständige Tat dieser Bewegung.

antifa-info, DIE LINKE. Sachsen
29. Dezember 2014 ■

Warum die Friedensbewegung sich als aufklärerisch verstehen und von irrationalen „Wutbürgern“ unterscheiden muss

Von Paul Schäfer (aus Platzgründen in zwei Teilen)

Bei den Auseinandersetzungen in der Friedensbewegung, die sich auch in heftigen Debatten in der linken Szene widerspiegeln, geht es nicht darum, wer für oder gegen Friedensdemos, wer für oder gegen breite Bündnisse ist. Es geht exakt darum, ob die von einem Teil der führenden Friedensaktivisten verfolgte politische Linie der Öffnung zur sog. „neuen Friedensbewegung“ angebracht und weiterführend ist, oder ob sie im Gegenteil auf einen Irrweg führt. Unter dieser neuen Friedensbewegung werden die „Mahnwachen“ (auch Montagsdemos genannt), die sich seit einiger Zeit gebildet haben und dabei gegen eine, so ihre Sicht, von der aggressiven Politik der NATO ausgehende Kriegsgefahr auftreten. Unter der Überschrift „Friedenswinter“ sollen sich nun alte Friedensbewegung (wer ist das?) und neue Bewegung vereinen.

Es wird dabei auch von den Befürwortern des Friedenswinters innerhalb der Linken nicht gänzlich bestritten, dass sich unter den Anführern und Teilnehmern/innen auch zwielichtige Personen befinden, deren antisemitische, irrational-esoterische, verschwörungstheoretische Tendenzen man nicht teilen könne. Und man besteht auch dort darauf, dass man sich bei gemeinsamen Aktionen klar von Neonazis distanzieren müsste. Zusammengehen könne man aber, weil die Wut derjenigen, die begonnen hätten, sich zu engagieren, „auf die da oben“ und deren Ängste vor dem Großen Krieg nur allzu verständlich wären.

Aber zeigen diese Stimmungslagen nicht, dass es doch eine gewisse Parallelität von PEGIDA und Mahnwachenbewegung geben könnte? Es versammeln sich offenkundig Leute, die nicht unbegründet frustriert sind, die Zukunftsängste haben, weil sie sich an den Rand gedrängt sehen, die nicht zu Unrecht erzürnt sind über die Schlechtigkeit der Welt. Eine solche Einschätzung ist noch lange nicht mit einer politischen Bewertung verbunden. Sie verweist nur auf das bestehende Problem hin: Das neue „Wutbürgertum“ ist anfällig für schlichte Zuschreibungen und vermeintlich einfache Lösungen – und damit anfällig für die raffiniert gewordenen Versuche der Neuen Rechten, die begonnen haben, in diesem Milieu systematisch zu fischen. Die Naivität, mit der Teile der Friedensbewegung über dieses Problem hinweggehen, ist besorgniserregend. Der Schluss, der aus dieser Problemskizze zu ziehen wäre, kann doch nur lauten: Wir müssen uns als Linke und Friedensbewegte mit diesen Denk- und Bewusstseinsformen kritisch auseinandersetzen. Das bedeutet gewiss auch, dass es richtig ist, mit Einzelnen, die da aktiv werden, ins Gespräch kommen. Und es bleibt zentral – gerade mit Blick auf PEGIDA –, von den Regierenden und allen Parteien zu fordern, endlich den Protest gegen ungerechte und unzumutbare Verhältnisse in dem Sinne ernst zu nehmen, dass man sich den Ursachen des Protestes, der schreienden sozialen Ungerechtigkeit und der Aushöhlung der Demokratie zuwenden muss.

Aber müssen wir alles, was da hochkommt, „verstehen“? Also auch die Suche nach Sündenböcken für die Misere, an die sich deren pauschale Identifizierung anschließt: „die Politik“, „die Medien“, „die Amis“, „die Banken“, „die Ausländer“, und am Ende wieder „die Juden“? Nein und nochmals nein. Wenn Bürgerinnen und Bürger, zumal aus Regionen, in denen es kaum Asylbewerber und kaum Zuwanderer gibt, ihren geharnischten Protest an „den Fremden“, „den Islamisten“ ablassen, dann habe ich dafür keinerlei Verständnis. Diesem Protest stelle ich mich entgegen.

Um welche Akteure handelt es sich?

Aber ist es nicht verzerrend, ja verunglimpfend, die Dresdner Demonstranten mit der Mahnwachenbewegung in einem Atemzug zu nennen? Ich behaupte keineswegs, dass es sich um ein und dieselbe Sache handelt. Aber wir sollten schon sehr sorgfältig auf zwei Dinge achten: Für was stehen tragende Personen in den jeweiligen Aktionen bzw. Aktionsbündnissen? Und welche Stimmungslagen kommen in diesen Bewegungen zum Vorschein, die in eine bestimmte politische Richtung umkippen können?

Zum ersten Punkt mag ein Beispiel genügen:

Einer der Co-Gastgeber der wöchentlichen Montags-Mahnwachen in Berlin, Ralf Schurig, der den Internet-Blog „Spiritualität des Alltags“ betrieben hat, schrieb dort:

„Was das deutsche Volk erlitten hat ist in meinen Augen schon lange nicht mehr fair. Ich leugne nicht, dass es einen Holocaust gab und ich empfinde tiefe Trauer für die vielen Gestorbenen. Die Leugner sitzen auf einer ganz anderen Bank. Es wird geleugnet, dass es nach dem zweiten Weltkrieg einen zweiten Holocaust gab, nämlich an den deutschen Kriegsgefangenen. Wer es liebt, dass sich ihm die Na-

AfD / Pegida: Hand in Hand in Sachsen

Für Mittwoch, 7.1.2015 hat die AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag das Organisationsteam von Pegida in den Sächsischen Landtag eingeladen. In diesem Rahmen wollen die 13 Mitglieder der AfD-Fraktion die „großen Überschneidung an Themen“, insbesondere was Forderungen angehe, das Asylrecht in Deutschland strenger anzuwenden, ausloten.

Seit Oktober 2014 macht Pegida mit regelmäßigen Montags-Versammlungen Stimmung gegen Migrant*innen, gegen Muslim*innen und gegen Geflüchtete.

Die Zahl der Teilnehmenden an den Pegida-Veranstaltungen wächst, der Ton wird rauer und die Themenpalette diffuser. Zunehmend wird Medien- und Politiker*innenschelte betrieben. Auch vor tätlicher Gewalt wird nicht zurückgeschreckt. Nach der Versammlung am 22.12.2014 attackierten vermummte Pegida-Anhänger in Dresden eine Jugendliche mit Migrationshintergrund.

Wir meinen, dass die Einladung der AfD falsch ist und damit die geistige Brandstiftung, die von den Pegida-Organisatoren und ihren lokalen Ablegern ausgeht, auch noch geadelt wird.

Wir denken, dass das Gespräch stattdessen mit jenen geführt werden muss, die sich für eine offene Gesellschaft und für eine tatsächliche Willkommenskultur engagieren. Darum laden wir Sie und euch ein für Mittwoch, 7.1.2015 16 Uhr im Sächsischen Landtag.

Wir wollen gemeinsam die Perspektiven im Umgang mit Pegida diskutieren, über die Wirkung, die diese Bewegung mittlerweile für ein solidarisches Zusammenleben und auf die Politik gewonnen hat und wie wir dem entgegnen können.

DIE LINKE. Sachsen ■

ckenhaare aufstellen, der mag sich das Thema „Rheinwiesenlager etwas näher ansehen."

Wer es nicht weiß: Seit sechs Jahren marschiert die NPD und andere Neonazis Ende November in Remagen auf, um dieses vermeintlichen „Massenmordes an deutschen Soldaten" zu gedenken. Mehr gefällig?

Das Beispiel zeigt auch, dass der öfter zu hörende Hinweis, die Vertreter der „Mahnwachen" hätten sich ja bei den Demo-Aufrufen klar gegen Faschismus und Krieg positioniert, ins Leere geht. Die Neue Rechte hat längst kapiert, dass sie mit offenem Nazi-Bekenntnis, der Holocaust-Leugnung usw. gar nichts gewinnen kann. Daher ist der Türöffner für ultrarechte Gesinnung, dass „die Anderen" mindestens so schlimm oder schlimmer seien – wie heute „die Juden" gegenüber „den Palästinensern".

Schurig soll sich zuletzt aus der Politik etwas zurückgezogen haben. Ändert das was?

Alte und neue Friedensbewegung – eine obskure Mischung

Zum Zweiten, und dazu soll im Folgenden argumentiert werden, geht es schlicht um die Frage, inwieweit in der neuen Melange aus „alter und neuer Friedensbewegung" nicht anti-aufklärerische, Trends aufkommen, die einer Öffnung nach rechts, genauer: nach ganz rechts, den Weg bahnen.

Die Befürworter des Friedenswinters in den hergebrachten Friedensinitiativen verweisen gerne darauf, dass es schon in der breiten Friedensbewegung der achtziger Jahre schräge/esoterische/bräunliche Elemente gegeben habe, die man nun mal tolerieren müsse, die aber letztendlich nicht weiter ins Gewicht gefallen seien. Das ist sicher richtig. Aber damals hat es sich um eine breite gesellschaftliche Bewegung gehandelt, in der diese Personengrüppchen in der Tat keine Rolle spielten. Heute wird diese Breite nur simuliert, die Wortführer der Mahnwachenbewegung geben den Ton an (Bei der Kundgebung in Bochum stellten sie die Hälfte der Redner/-innen.)

Und vor allem, wer so spricht, der vernebelt schlicht den entscheidenden Unterschied: Die damalige Friedensbewegung, mit der sich entwickelnden Friedensforschung im Rücken, hat, auch wenn in ihr Ängste, auch irrationale, eine nicht zu unterschätzende Rolle spielten, vor allem eine aufklärerische Funktion gehabt: Über die Verselbständigung des militärisch-industriellen Komplexes („Rüstungsautismus"), über den Irrsinn der Abschreckungsphilosophie bis zur konkreten Aufdeckung der Waffenpotenziale in Ost und West. In der Folgezeit entwickelten sich fachbezogene Friedensinitiativen (NaturwissenschafterInnen, InformatikerInnen, Kulturleute…), die darüber aufklärten, wie sich Militarismus und Krieg auf ihre Fachdisziplinen auswirkten und welchen Beitrag sie umgekehrt für den Frieden leisten könnten. Von einer solchen aufklärerischen Arbeit kann heute keine Rede sein, was nicht weiter verwundern muss – andere Zeiten, andere Umstände.

Ich behaupte allerdings: Das Schlimme jedoch ist, dass weite Teile der sehr klein gewordenen heutigen Friedensbewegung heute vor allem vom Ressentiment, vom Angstgefühl, von einem Drang zu einer schlichten Einteilung der Welt in Gut und Böse lebt Ich will das auch beispielhaft begründen:

Gegenaufklärerische Muster: Angstmache, globale Verschwörungen, Feindbilder

Es ist anti-aufkärerisch, wenn, so der Tenor einiger Reden am letzten Samstag, behauptet wird, wir befänden uns in der Phase einer unmittelbaren Kriegsvorbereitung durch die NATO.

Gestützt wird dies darauf, dass die NATO für Polen und das Baltikum eine Schnelle Eingreiftruppe mit dem zugegeben martialischen Namen „Speerspitze" aufstellen will. Es gehört nicht viel militärischer Sachverstand dazu, um zu sehen, dass diese 4000 (in Worten: viertausend) Mann starke Truppe für die Russische Föderation keine Bedrohung darstellt. Russland ist auch militärisch nicht mehr besonders Furcht einflößend, aber so schwach ist es nun wirklich nicht. Polen wollte, dass die Nato zwei komplette Panzerbrigaden dauerhaft an der Grenze zu Russland stationiert. Das hat der NATO-Gipfel abgelehnt. Das mag man verschwörungstheoretisch so deuten, dass die Nato ihre Kriegsvorbereitung besonders geschickt tarnen will…

Ein großer Krieg, d.h. unmittelbar zwischen NATO und Russland, steht auf absehbare Zeit nicht an. Was in der Ukraine geschieht, bleibt ein Stellvertreter-Krieg (aber nicht nur) und das ist schlimm genug. Denn die NATO wird in den nächsten Monaten Ausrüstung und Ausbildung der ukrainischen Streitkräfte vorantreiben, und damit eine kompromisslose Regierung in Kiew unterstützen, die möglicherweise im Frühjahr eine militärische Entscheidung herbeiführen will.

Immerhin gibt es auf der anderen Seite Signale, dass Moskau die Kräfte im Donbass, die auf Lostrennung und Anschluss an RUS drängen, an die Kandare nehmen will, das würde zumindest die Chance auf einen Verhandlungsfrieden erhöhen (was aber nebenbei auch belegt, dass bisher nicht nur einseitig gezündelt und eskaliert wurde).

Die Folgen der westlichen Eskalationspolitik unterhalb der Schwelle eines direkten Krieges für Russland, die Ukraine, aber auch im Westen selbst sind im Übrigen schlimm genug. Das betrifft allein schon die volkswirtschaftlichen Kosten: Die Konjunktur lahmt, die Austeritätspolitik wird fortgesetzt, jetzt sollen noch die Rüstungslasten vermehrt werden; RUS und UKR werden noch lange Zeit unter der zerstörerischen Wirkung des Gewaltkonflikts bzw. der Sanktionen zu leiden haben. Hinzu kommen die Folgen der Konfrontation für andere Konflikte mit globalen Wirkungen – die Blockade der UNO ist schon heute ein Element der Konfliktverschärfung statt ihrer diplomatischen Bearbeitung. All dies ist Grund genug, laut gegen diese Form der Konfrontationspolitik aufzustehen. Insofern gibt es genug Gründe für einen Friedenswinter. Die irrationale Angstmache gehört aber nicht dazu. …

(Fortsetzung in der nächsten Ausgabe der AN)

Paul Schäfer ■

Kein Platz für Kögidas

Ein breites Bündnis unterstützte in Köln die Aufrufe „Wir stellen uns quer" und „Pegida? Läuft nicht in Köln!" gegen die NationalrassistInnen. Ca. 10000 Menschen blockierten erfolgreich durch schiere Masse den Marsch der AntidemokratInnen vom Deutzer Bahnhof am rechten Rheinufer (*Foto rechts: geschmückter LVR, gegenüber dem Deutzer Bahnhof*) über die Brücke zum Domplatz. Sebastian Nobile (PRO-NRW nah; ehem. German Defence League) scheiterte mit dem von ihm angemeldeten Marsch der sich selbst „Kölner Ableger" der Pegida nennenden RassistInnen. Lediglich ca. 500 Kameradinnen und Kameraden konnte er mobilisieren. Die gesamten antidemokratischen Aufmärsche von PegiD NRW werden maßgeblich von FunktionärInnen der rechtsextremen Gruppierung PRO-NRW wie Melanie Dittmer geleitet.

AfD: Richtungsstreit eskaliert

Der seit Monaten heftiger geführte Kampf um die politische Ausrichtung der „Alternative für Deutschland“ (AfD) nimmt weiter an Schärfe zu und droht, die Partei zu zerreißen. Er manifestiert sich in Differenzen über eine neue Satzung, die Ende Januar auf dem Bundesparteitag zur Abstimmung gestellt werden soll.

Bisher wird die AfD von drei Vorsitzenden geführt. Bernd Lucke strebt nun an, dass es nur noch einen Vorsitzenden geben soll – nämlich ihn. Lucke treiben dabei nicht nur Egozentrismus oder Machtbesessenheit an, sondern er möchte die AfD wieder zu ihrem ursprünglichen Kurs einer bürgerlich-konservativen Partei zurückführen. Andere Vorstände wollen das nicht – nicht nur, weil sie ihre Macht verlören, sondern auch, weil sie eine rechtspopulistische und offen rassistische Orientierung favorisieren, wie sie der Partei in Ostdeutschland größere Wahlerfolge eingebracht hat.

Hier eine Chronologie der jüngsten Ereignisse:

Bernd Lucke, der sich zunehmend in Vorstand und Partei isoliert fühlt, hat zu einem Treffen Mitte Januar die Vorstände aller Kreise, Bezirke und Landesverbände eingeladen. Er hat dies mit dem Bundesvorstand nicht abgesprochen; es handelt sich offensichtlich um den Versuch, die Vorstände auf seine Linie einzuschwören.

Das ging den anderen Parteigranden zu weit! Zunächst schrieb der Mitvorsitzende Konrad Adam eine Mail an irritierte Mitglieder: „Es handelt sich um keine Parteiveranstaltung, da es einen Beschluss des Bundesvorstandes in dieser Sache nicht gibt. Bernd Lucke hat allein, ohne Rücksprache und ohne Zustimmung mit uns, gehandelt … Wir wollen keine Partei, in der die einen Tiere gleicher sind als die anderen.“

Die andere Vorsitzende Frauke Petry beeilte sich ins gleiche Horn zu tuten: „Wenn man allein zu einer derartigen Veranstaltung einlädt, ohne sich vorher mit dem Vorstand abzusprechen, dann wirkt das nicht nur einsam, dann ist das eine einsame Entscheidung. … Meine Befürchtung ist, dass er in einer Einserspitze noch mehr einsame Entscheidungen treffen würde.“

Einzig Hans-Olaf Henkel, stellvertretender Vorsitzender, verteidigte Lucke mit einem Frontalangriff auf Adam: „Ich hoffe, der letzte Akt wird bald aufgeführt und Sie treten von der Bühne. … Sie sind total von der Rolle und merken es offensichtlich nicht einmal.“

Den vorläufigen Höhepunkt erreichte dieser Streit mit einem Brandbrief von drei Vorstandsmitgliedern und zwei Europaabgeordneten, in dem sie Lucke zu einem Gespräch mehr vor- als einladen. Die UnterzeichnerInnen haben großes Gewicht in der AfD. Es sind Adam, Petry und der stellvertretende Vorsitzende Alexander Gauland, dazu gesellen sich Beatrix von Storch und Marcus Pretzell – die Führungsfiguren des rechten Parteiflügels sind bis dato noch nie so vereint aufgetreten.

Darin werfen sie Lucke „Alleingänge“, „Führung nach Gutsherrenart“ und „Drohungen“ vor. Aus ihren inhaltlichen Aussagen lässt sich die politische Ausrichtung der AfD herauslesen, sollte dieser Flügel sich durchsetzen. Daher hier etwas ausführlicher:

„Wir haben durch die letzten Wahlen unsere Parteibasis enorm verbreitert. Es sind Menschen zu uns gestoßen, die nicht allein Alternativen zum Euro suchen, sondern auch zu vielen anderen Fehlentwicklungen in unserem Land. Es sind Menschen, die Zuwanderung nicht allein nach wirtschaftlichen Notwendigkeiten, sondern auch im Sinne einer kulturellen Verträglichkeit gesteuert sehen möchten. Es sind Menschen, die eine islamische Überfremdung fürchten, und solche, die sich ein europäisches Haus nicht gegen Russland wünschen. …

Sie, Bernd Lucke, haben in Straßburg für Sanktionen gegen Russland gestimmt; für das EU-Ukraine-Assoziierungsabkommen und damit für die Vorbereitung der Aufnahme der Ukraine in die EU und die Nato; für das EU-Georgien-Abkommen mit einer ähnlichen politischen Schlagrichtung; Sie wollen nicht gegen das Gender-Mainstreaming ‚agitieren’, wie Sie sagen, weil Wikipedia darunter die ‚Gleichstellung der Geschlechter’ definiert – und das ja eigentlich gut sei, und Sie halten Bürgerrechte für ein Thema, das bei SPD und Grünen ausreichend aufgehoben ist, weil Sie kein Liberaler seien. Sie wollten in einer Mail an alle Mitglieder am 1. November 2014 faktisch allen den Parteiaustritt nahelegen, die kritisch über Zins- und Zinseszins, das Geldsystem oder eine goldgedeckte Währung, über den Einfluss amerikanischer Banken auf die Politik oder die Souveränität Deutschlands nachdächten. Die AfD lehne ab, was als sogenannte Systemkritik daherkomme. Nur durch gut funktionierende Teamarbeit im Vorstand konnte der Versand dieser Mail verhindert werden.“ *F* ■

AfD gegen Frauenquote

Wenig überraschend lehnt die „Alternative für Deutschland“ (AfD) die vom Bundestag beschlossene Frauenquote ab. In einer Presseerklärung ihrer Vorsitzenden Frauke Petry heißt es: „Wir wollen nicht Ergebnisgleichheit, sondern Chancengleichheit.“ (1) Nur wird die Quote eben eingeführt, weil genau diese Chancengleichheit nicht besteht – trotz aller bisherigen Appelle.

Die 30 Dax-Unternehmen haben in ihren Vorständen eine Frauenquote von 0 bis 44 Prozent – zwei Unternehmen haben gar keine Frau in ihrem Vorstand. Lediglich zehn erfüllen bereits jetzt die künftige Gesetzesquote von 30 Prozent oder mehr. (2)

Weiter nörgelt Petry: „Die geplante Regelung schafft für Frauen keine besseren Chancen in Führungspositionen aufzusteigen. Bei den betroffenen DAX-Unternehmen sind es insgesamt nicht einmal hundert Frauen, die von der Quote profitieren.“ Die Konsequenz daraus wäre allerdings, die Quote auf alle Unternehmen auszuweiten. Aber das will die AfD garantiert nicht!

Und: „In einer fairen Leistungsgesellschaft dürfen Führungspositionen nicht nach angeborenen Merkmalen, und dazu gehört auch das Geschlecht, vergeben werden, sondern ausschließlich nach Qualifikation und Eignung.“ Jedoch sieht die Wirklichkeit in dieser Gesellschaft eben nicht so aus. Aber die Benachteiligung von Frauen im Berufsleben stört im Weltbild der AfD nicht.

Eine weitere gesellschaftspolitische Baustelle ist der Einkommensunterschied zwischen Frauen und Männern bei gleicher Tätigkeit: Er beträgt aktuell etwa 10 %. (3) Wir können allerdings sicher sein, dass die AfD auch dagegen nicht vorgehen wollen wird. Vielmehr will sie solche Zahlen nicht mehr um die Ohren gehauen bekommen und fordert deshalb die Abschaffung von gender studies an den Universitäten. (4)

Für die AfD spielt die Chancengleichheit von Frauen im Arbeitsleben auch deshalb eine untergeordnete Rolle, weil ihnen andere Aufgaben zugedacht sind. So äußert etwa der Thüringer AfD-Vorsitzende Björn Höcke: „Schädliche, teure, steuerfinanzierte Gesellschaftsexperimente, die der Abschaffung der natürlichen Geschlechterordnung dienen (sog. gender mainstreaming), sind sofort zu beenden.“ (5)

Die Konsequenzen ihres patriarchalen Gesellschaftsbildes sprechen für sich: Der Frauenanteil in der AfD beträgt lediglich 18 Prozent. Und auf den Wahllisten sowohl der Hamburger als auch der Bremer AfD zu den Bürgerschaftswahlen befindet sich nur je eine Frau auf den ersten zehn Plätzen. *F* ■

(1) PM, 28.11. (2) FAZ, 28.11. (3) FAZ, 22.11. (4) so im Thüringer Landtagswahl-Programm (5) 10 Thesen für den Freistaat Thüringen, 21.6.14 (auf der Webseite der AfD Thüringen)

Piusbrüder: Krieg ist Strafe Gottes

Zum hundertsten Jahr des Ersten Weltkrieges fällt den Piusbrüdern folgendes ein: „Es war (…) zur Jahreswende 1914/15, dass die Bischöfe des Deutschen Reiches (…) mit einem aufrüttelnden Hirtenbrief zu einem besonderen Sühneakt gegenüber dem heiligsten Herzen Jesu aufgerufen haben. Angesichts der Strafe des Krieges richteten sie an alle den Aufruf zur Buße, ‚für soviel Nachlässigkeit im Dienste Gottes, für Lauheit und Halbheit, für so viele schändliche Übertretung der ewigen Gebote Gottes, für so viel Verachtung der Gnade, für soviel Undank gegen die unendliche Erlöserliebe des Heilandes, für so viele Schädigung des Reiches Gottes.' Krönender Abschluss der dreitägigen Sühnefeier war das Gebet zur Weihe Deutschlands an das heiligste Herz Jesu in allen Gemeinden." (1)

Nun ist es nichts Neues, dass Reaktionäre den Ersten Weltkrieg als Quasi-Naturkatastrophe hinstellen, aber ihn (und andere Kriege) als Strafe Gottes für die ‚Sündhaftigkeit' der Menschen hinzustellen, trauen sich nur (noch) die Reaktionärsten der Reaktionären.

Dabei gab es eine katholische Stimme aus der Zeit des Ersten Weltkrieges, der durchaus mehr Gehör zu wünschen gewesen wäre: „Im Allerheiligsten Namen des Allmächtigen unseres göttlichen Vaters, und um des kostbaren Blutes Jesu Christi willen, für die Erlösung der Menschheit vergossen, beschwören wir euch; o Herrscher der nun im Kriege sich befindlichen Völker, endlich diesem entsetzlichen Kampfe ein Ende zu bereiten, welcher seit einem Jahr Europa entehrt. Denn es ist ja Bruderblut; welches zu Wasser und zu Land vergossen wird. Die schönsten Landstriche Europas, dieses herrlichsten Gartens der Welt sind bedeckt mit Toten und angehäuft von Ruinen, wo noch vor kurzem Handel und Industrie sowie der Ackerbau blühten da tönen jetzt dröhnend die Geschütze nicht verschonend Dörfer und Städte sondern überall nur Tod und Elend säend." (2) Worte des Papstes Benedict XV. aus seiner Exhortatio gegen den Krieg 1915. Aber den zitieren die Piusbrüder nie.

mib ■

(1) Webseite der Piusbrüder, 26.12.14; (2) Allorché fummo chiamati, 8. Juli 1915, offizielle Übersetzung des Vatikans

Erklärung der FIR zum Jahr 2015

Tag der Befreiung – Tag des Sieges – 8./ 9. Mai 2015

Vor 70 Jahren erlebte die Menschheit am 8. und 9. Mai 1945 die endgültige militärische Zerschlagung des deutschen Faschismus. Diese Daten markieren den Sieg über das menschenverachtende Regime des Hitler-Faschismus,

a das politische Gegner und Andersdenkende ausgrenzte, verfolgte und inhaftiert,

b das Menschen allein aus einer konstruierten Rassezugehörigkeit als Juden, als Sinti und Roma, als Slawen millionenfach ermordete,

c das die Staaten in Europa und selbst Länder und Völker in anderen Teilen der Welt mit Krieg, Okkupation und Vernichtung überzog, mit dem Ziel der imperialen Hegemonie und der Zerschlagung der Sowjetunion,

d das im grausamen Ergebnis mindestens 55 Millionen Menschen das Leben kostete.

Heute wird in manchen Ländern Europas die geschichtliche Wahrheit verleugnet, werden die Kollaborateure mit dem faschistischen Okkupanten als „Freiheitskämpfer" geehrt. Gegen diese Form von Geschichtsrevision betonen wir als FIR:

Die faschistischen Weltherrschaftspläne wurden durch das gemeinsame Handeln der Anti-Hitler-Koalition gestoppt.

Es waren die Angehörigen der Streitkräfte der Alliierten, vor allem die Angehörigen der sowjetischen Armee, die die Hauptlast des Krieges trugen, die diese Bedrohung auch militärisch zerschlugen.

Es waren die Partisanen und Widerstandskämpfer in allen vom Faschismus okkupierten Ländern, bei denen die Kommunisten in den ersten Reihen standen, die ihr Leben einsetzten für die Freiheit ihrer Heimat.

Teil dieser Anti-Hitler-Koalition waren auch deutsche Antifaschisten, die illegal in Deutschland, in den Reihen der Partisanen oder gemeinsam mit den alliierten Streitkräften für die Befreiung ihres eigenen Landes kämpften.

Wir erinnern an all diejenigen Frauen und Männer, die – oftmals unter Einsatz ihres Lebens – die Befreiung ermöglicht haben.

In politischen Erklärungen selbst des Europäischen Parlaments wird behauptet, dass mit dem Ende des Krieges nur eine „totalitäre Herrschaft" durch die andere ausgetauscht worden sei. Die FIR betont demgegenüber:

Der 8./ 9. Mai 1945 war der Tag der Befreiung und des Sieges

a für alle vom deutschen Faschismus bedrohten Völker,

b für die Inhaftierten der faschistischen Konzentrationslager, die noch in der Agonie des NS-Regimes auf Todesmarsch geschickt worden waren,

c für die Zwangsarbeiter, die in verschiedenen Formen Sklavenarbeit für die deutsche Industrie, die Landwirtschaft und Kriegspolitik leisten mussten,

d für die Nazigegner in Deutschland selber.

Er markiert den Beginn einer neuen Politik in den internationalen Beziehungen. Die Gemeinsamkeit des Handelns aller Nazigegner schuf die Basis für die Gründung der Vereinten Nationen und die Fixierung von Grundlagen des Völkerrechts für die Verfolgung und Verurteilung der Hauptkriegsverbrecher im Nürnberger Tribunal. Diese Rechtsnormen haben bis heute Gültigkeit, wie die Generalversammlung der Vereinten Nationen jüngst bestätigte.

Damals hieß die gemeinsame Losung aller Antifaschisten „Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!" Für die FIR und ihre Mitgliedsverbände ist das eine Verpflichtung für heute und morgen. Wir handeln gemeinsam mit den Angehörigen heutiger Generationen

- gegen Neofaschismus, extreme Rechte und Rechtspopulismus,
- gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, religiöse Intoleranz und Antisemitismus,
- gegen Krieg, imperiale Hegemonie, staatlichen und nicht-staatlichen Terrorismus sowie deren gesellschaftlichen Wurzeln.

Die Befreiung bildet die Grundlage für die Vision einer „neuen Welt des Friedens und der Freiheit", wie es die Häftlinge des KZ Buchenwald am 19. April 1945 formulierten. In ihrem Sinne kämpfen die Mitgliedsorganisationen der FIR heute für die Verwirklichung umfassender politischer und sozialer Menschenrechte, für Frieden und Demokratie. Gemeinsam begehen wir den 8./ 9. Mai 2015 als Tag der Befreiung und Tag des Sieges.

Fédération Internationale des Résistants (FIR) – Association Antifasciste ■

NSU-Prozess in München

Prozessbeteiligte der Keupstraße rufen zu Solidarität auf

Köln, 12.12.2014 – Die Initiative „Keupstraße ist überall“ ruft als Teil des bundesweiten Aktionsbündnisses „NSU-Komplex auflösen“ für den 20. Januar 2015 zu einem Aktionstag vor dem Münchener Oberlandesgericht auf. Das Gericht hatte kürzlich veröffentlicht, zum Jahresanfang die Vorgänge rund um den Nagelbombenanschlag verhandeln zu wollen. Am 20. Januar 2015 beginnen die Befragungen der Betroffenen.

In Solidarität mit allen Betroffenen und Angehörigen der Mord- und Anschlagserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) reisen Menschen aus ganz Deutschland zur Verhandlung des Keupstraßen-Anschlags nach München. Dort sind ein gemeinsamer Aktionstag und eine Demonstration durch die Münchener Innenstadt geplant. Über den gesamten Zeitraum der Verhandlung des Keupstraßen-Anschlags werden Initiativen aus ganz Deutschland vor und im Gericht präsent sein, um Angehörige und Betroffene nicht allein zu lassen.

„Unser Ziel ist es, dass die Sicht aller Betroffenen und Angehörigen wieder in den Fokus rückt. Gemeinsam wollen wir unserer Forderung nach einer lückenlosen Aufklärung des NSU-Komplexes Nachdruck verleihen. Insbesondere möchten wir erfahren, welche Rolle staatliche Behörden gespielt haben“, erklärt Mitat Özdemir von der Initiative „Keupstraße ist überall“.

Viele Kölner_innen haben sich mittlerweile zusammen mit Anwohner_innen und Ladeninhaber_innen der Keupstraße in der Initiative organisiert, um eine schonungslose Aufklärung der Hintergründe des Keupstraßen-Anschlags zu fordern. Gemeinsam mit einem bundesweiten Zusammenschluss an Initiativen, die sich an den Tatorten des NSU gebildet haben, dem Aktionsbündnis „NSU-Komplex auflösen“, mobilisiert die Initiative für eine solidarische Begleitung der Prozessbeteiligten und sucht Unterstützung von weiteren gesellschaftlichen Gruppen. Schon jetzt haben sich über 100 Gruppen und Einzelpersonen mit dem Vorhaben solidarisch erklärt.

www.keupstrasse-ist-ueberall.de
PM des OLG München:
http://www.justiz.bayern.de/gericht/olg/m/presse/archiv/2014/04591/index.php
Ladungsliste:
http://www.swr.de/blog/terrorismus/termine-und-zeugen-im-nsu-prozess

20. Januar 2015, Dienstag
Motto: „Für eine Gesellschaft ohne Rassismus – Keupstraße ist überall!“
Dauerkundgebung ab 9 Uhr vor dem Gebäude des OLG München
Demonstration 17.30 Uhr durch die Münchener Innenstadt
Aufruf:
http://keupstrasse-ist-ueberall.de/aufruf-fuer-eine-gesellschaft-ohne-rassismus-20-01-2015-muenchen

Initiative Keupstraße ist überall ■

Antifaschistische Bildung kostet Geld – Unterstützung benötigt

In Sachsen haben sich Anfang des Jahres 2010 junge und ältere Antifaschist_innen zusammen gefunden und die Idee einer gemeinsamen Bildungsreise entwickelt. Zum einen soll das Ziel verfolgt werden, Wissen zu erhalten, zum anderen soll damit auch die Vernetzung der antifaschistischen Akteure, nicht nur in Sachsen, befördert werden. Im Jahr 2011 führte die Reise nach Paris. Die Teilnehmenden schauten sich unter anderem das Resistance-Museum Mémorial Leclerc und das Musée Jean Moulin an. Im Jahr davor waren sie in Slowenien auf den Spuren der Partisan_innen. Im Jahr 2012 führte die Bildungsreise nach Dänemark. Zum 70. Jahrestag der Landung in der Normandie führte die antifaschistische Bildungsreise im Jahr 2014.

Für das kommende Jahr organisieren der Tamara-Bunke-Verein aus Zittau und wir zum 70. Jahrestag der Befreiung Italiens eine antifaschistische Bildungsreise in die Reggio Emilia. Die Fahrt beginnt am 21.04.2015, Rückfahrt (Ankunft) wird am 28.04.2015 in Pirna sein.

Auf dieser historischen Reise wird es mehrere Stationen mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten geben.

Unter anderem ist bisher geplant:

- Besuch der Gedenkstätte Flossenbürg
- Abendvortrag mit Massimo Strochi zur Geschichte des Faschismus in Italien
- Wanderung durch die Berge und Gespräch mit der ehemaligen Partisanin Giacomina am Denkmal für die Frauen in der Resistenza
- Marzabotto: am Gedenkort für das größte Massaker an der italienischen Zivilbevölkerung, Spaziergang und Gespräch mit einem Zeitzeugen Francesco Pirini
- Tag der Befreiung in Reggio Emilia mit Kundgebungen und Konzerten
- Stadtspaziergang zu den Vorfällen im Juli 1960 mit Silvano Franchi, dem Bruder des ermordeten Jugendsekretärs der KP Ovidio Franchi. Nur 10 Jahre nach der deutschen Besetzung erlangten Faschist_innen in Italien erneut politische Stärke. Die Movimento Sociale Italiano (MSI), gegründet von Ministern der Mussolini-Regierung, kam zu Übereinkünften mit den Christdemokraten. Dies führte zu landesweiten Protesten und Generalstreiks. Bei diesen kam es zu Ermordungen durch Carabinieri.
- Treffen mit Carlo Marmiroli, dem Sohn des Partisanen „Mirko“, der Vizekommandant einer Garibaldi-Brigade war und hoch ausgezeichnet wurde
- Besuch einer Kooperative und eines Centro Sociale

Spenden benötigt

Um die Teilnahme für Wenigverdiener_innen möglich zu machen, bitten wir Sie / Dich um eine Spende. Gern stehen wir auch für weitere Informationen zur Verfügung.

Eine Unterstützung kann auf die nachfolgende Bankverbindung überwiesen werden. Die Unterstützer werden (auf Wunsch) namentlich in sämtlichen Publikationen über die Reise genannt. Wir sagen bereits jetzt herzlichen Dank.

AKuBiZ e.V.
Volksbank Pirna e.G.
IBAN: DE34850600001000933180
BIC: GENODEF1PR2
Verwendungszweck: Bildungsreise 2015

Antisemitismus in Frankreich und Die Tat von Créteil

Anderthalb Stunden Bangen um das eigene Leben, sexuelle Gewalt, antisemitische Beschimpfungen und Bedrohungen – das musste ein junges Paar am Montag, den 1. Dezember 2014 in der Pariser Vorstadt Créteil über sich ergehen lassen. Der 21jährige und seine 19jährige Freundin wurden bei sich zu Hause im Quartier du Lac, einem beschaulichen Stadtteil von Créteil, das ansonsten auch soziale Brennpunkte und Hochhauswüsten aufweist, überfallen. Die junge Frau hatte einem Unbekannten die Tür geöffnet, nachdem sie geglaubt hatte, sein Gesicht wiederzuerkennen. Drei maskierte Täter stürmten daraufhin in die Wohnung, fesselten die beiden und verübten sexuelle Gewalt (durch Begrapschen des Intimbereichs) gegen die junge Frau, unter den Augen ihres Freundes.

Die antisemitische Dimension der Tat ist offenkundig, weil die Täter im Laufe der anderthalb Stunden häufig wiederholten: „Ihr Juden habt Geld, das steht fest, und Ihr Juden tragt es nicht auf die Bank." Da die beiden sowie ihre Eltern ihr Geld allerdings entgegen der Annahme der Täter nicht zu Hause aufbewahren, fanden sie keine Beute. Unterdessen mussten die Opfer antisemitische Beschimpfungen über sich ergehen lassen, und mehrere das Judentum symbolisierende Gegenstände wie eine Menorah wurden zu Boden geworfen oder von der Wand gerissen. Zunächst kündigten die Täter an, auf die Eltern warten zu wollen, um doch noch Geld zu erbeuten. Dann überlegten sie es sich anders und suchten das Weite.

Das Verbrechen wurde am Mittwoch, den 3. Dezember 2014 publik. Am selben Tag waren bereits drei Tatverdächtige festgenommen worden: zwei der Teilnehmer an dem Überfall und ein dritter junger Mann, der beim Auskundschaften des späteren Tatorts beobachtet worden war. Der dritte Mittäter, der sich ebenfalls in der Wohnung aufhielt, war hingegen noch flüchtig. Nach ihm wurde noch gefahndet. Am 26. Dezember 2014 wurde in diesem Zusammenhang dann eine neue Festnahme mit folgender Einleitung eines Strafverfahrens vermeldet (vgl. http://www.lemonde.fr/societe/article/2014/12/26/agression-antisemite-a-creteil-un-homme-mis-en-examen_4546508_3224.html).

Ansonsten drang über das Profil der Täter zunächst wenig nach außen. Bekannt wurde lediglich, dass sie schon zuvor einen weiteren ähnlichen Überfall begangen hatten, am 10. November desselben Jahres, als sie einen alten Mann in seiner Wohnung fesselten. Aus einem Vernehmungsprotokoll, zu welchem die Tageszeitung ‚Libération' Zugang hatte, scheint sich allerdings zu ergeben, dass die Täter arabischer bzw. afrikanischer Herkunft zu sein scheinen – das erstgenannte Profil für den Anführer, das letztgenannte Profil für die beiden Ausführungsgehilfen. Auf die Frage nach einer „besonderen Aggressivität in Bezug auf das Judentum" verneint die angegriffene junge Frau allerdings die so gestellte Frage und betont, es sei ihnen vor allen Dingen „um Geld" gegangen. (Vgl. http://www.liberation.fr/societe/2014/12/10/il-m-a-dit-dis-moi-ou-est-le-fric-sinon-je-te-bute_1161113)

Mehrere hundert Menschen versammelten sich am Sonntag Vormittag (den 6. Dezember 2014) in Créteil, in der Nähe der überfallenen Wohnung, zu einer Kundgebung. Die Teilnehmer waren darum gebeten worden, politische Erkennungsmerkmale außen vor zu halten. Innenminister Bernard Cazeneuve erklärte zeitgleich dazu, „der Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus" müsse als dringliche „nationale Angelegenheit" behandelt werden. Er rief die Präfekten, die juristischen Vertreter des Zentralstaats in den französischen Départements, dazu auf, alle ihnen bekannt werdenden antisemitisch oder rassistisch motivierten Taten – auch Propagandadelikte – bei der Staatsanwaltschaft zu melden. Dies könnte dabei helfen, die Staatsanwaltschaft zu motivieren, systematischer zu ermitteln und das strafverschärfende antisemitische oder rassistische Tat- oder Begleitmotiv nicht zu vernachlässigen.

Ähnlich wie bereits im Mordfall von Ilan Halimi im Jahr 2006, bei dem ein 23jähriger Pariser Jude entführt, als Geisel festgehalten und drei Wochen lang misshandelt worden war, mischen sich bei der vorliegenden Tat pure antisemitische Beweggründe und materielle Tatmotive in Gestalt des Bereicherungswunschs, des Strebens nach dem Erbeuten von Geld. „Juden haben Geld, automatisch" – dieses Stereotyp liegt der Entführung von Halimi ebenso zugrunde wie dem Überfall in Créteil. Ilan Halimi war ein junger Verkäufer in einem Telefonladen und besaß keine Reichtümer, ebenso wenig wie seine Familie. Die Entführer, die sich selbst als „Gang der Barbaren" bezeichneten, meldeten sich damals auch telefonisch bei einem Rabbiner und forderten ihn auf, „Geld in Euren Synagogen zu sammeln". Das ideologische Strickmuster war damals und ist heute identisch: Juden halten zusammen und haben notwendig mit Geld zu tun.

Umstrittene Studie

Am 14. November 2014 wurde eine Studie im Auftrag des bekannten, konservativen Politikforschers Dominique Reynié publiziert [1], die das Festsitzen antisemitischer Ressentiments und Ideologieelemente in Teilen der französischen Gesellschaft belegt. Die Untersuchung besteht aus zwei Teilen: Im ersten wurden 1005 Personen aus der Bevölkerung nach ihren Parteipräferenzen befragt und im Anschluss auf ihre Anfälligkeit für antisemitische Argumentationen hin getestet. Im zweiten Fall wurden 575 Personen aus der muslimischen Bevölkerung befragt, wobei dieser zweite Teil der Studie sehr umstritten ist. Da die Speicherung ethnisch oder konfessionel konnotierter Daten in Frankreich unter das „Verbot ethnischer Statistiken" fällt, konnten die Meinungsforscher in diesem Bereich nicht Menschen bei sich zu Hause anrufen. Deswegen nahmen sie ihre Studie auf der Straße vor, nach dem Zufallsprinzip. Dies ist jedoch methodisch sehr umstritten [2], und die Politikforscherin Nonna Meyer – eine der besten Spezialistinnen für die extreme Rechte in Frankreich – widersprach am vergangenen Wochenende diesem Vorgehen in einem Gastbeitrag für Le Monde [3]. Sie befürchtet, dass optische Erkennungsmerkmale wie auffällig an den Tag gelegte religiös-kulturelle Symbole dabei die Meinungsforscher orientiert haben könnten, während die Mehrzahl der Muslime unauffällig lebt und ihre Religion als Privatsache betrachtet.

Im Ergebnis berichten Reynié und sein Team, dass neun Prozent der Gesamtbevölkerung und elf Prozent ihrer als muslimisch definierten Auswahlgruppe zwei unter mehreren angebotenen, antisemitischen Aussagen zustimmen. Nur einer solchen Aussage unter mehreren stimmen demnach 13 Prozent in der ersten und 18 Prozent in der zweiten Vergleichsgruppe zu. Zu den angebotenen Antworten gehören „ein zu großer Einfluss von Juden in der Politik" oder auch „die Verantwortung von Juden für die Wirtschaftskrise" – die letztgenannte Antwort erhält mit sechs Prozent im Durchschnitt den geringsten Zustimmungswert. Aber auch ob Israels Palästinapolitik „rassistisch" sei wurde gefragt, was auf die Gefahr einer unzulässigen Vermischung doch höchst unterschiedlicher Betrachtungsebenen und unterschiedlich zu bewertender Antworten hindeutet.

Unter den Anhänger/inne/n politischer Parteien stufen die Meinungsforscher die Wählerschaft der Grünen – unter deren

Anhängern widersprachen 62 Prozent allen angebotenen, als antisemitisch gewerteten Aussagen – als am resistensten ein. Umgekehrt besteht demnach die geringste Resistenz gegenüber antisemitischen in der Anhängerschaft des Front National, in welcher nur 25 Prozent alle Aussagen ablehnten. (Es waren jeweils Antworten im Sinne von „dafür", „dagegen" sowie „keine Meinung dazu" zugelassen.)

Dieudonné & Alain Soral

Nicht wenig zu diesem Klima beigetragen hat die Enthemmung antisemitischer Ressentiments durch einen vorgeblichen Kunstschaffenden in Gestalt des Theatermachers Dieudonné M'bala M'bala, der seinen Vor- als Künstlernamen benutzt und vor allem unter jungen Leuten mit und ohne Migrationshintergrund ein Publikum für sein Théâtre de la Main d'Or im 11. Pariser Bezirk findet.

Inhaltlich ebenso wie zeitlich ist ein enger Zusammenhang zwischen seinen Vorstößen zu Anfang dieses Jahres und einem steilen Ausschlag nach oben, der bei den antisemitisch motivierten Straftaten zu beobachten war. So schreibt das Onlinemagazin Mediapart, 85 antisemitische Vorfälle seien in engem zeitlichem Zusammenhang mit der bislang letzten spektakulären „Dieudonné-Affäre" beobachtet worden. Im Januar 2014 hatte der damalige Innen- und jetzige Premierminister Manuel Valls einen Auftrittsverbot gegen Dieudonné verhängt, nachdem dieser sich im Dezember 2013 gegenüber einem prominenten Radiojournalisten in eindeutigen Anspielungen ergangen hatte: „Wenn ich an Patrick Cohen denke, sage ich mir: die Gaskammern – schade…"

Dieudonné berief und beruft sich darauf, doch nur ein Künstler zu sein und Satire zu betreiben. Immer dann, wenn man ihn strafrechtlich zu packen versucht, beruft er sich darauf, es doch nicht ernst gemeint zu haben. Auf diese Weise dehnt er die Provokationen immer weiter aus, so forderte er 2013 in einem Video auch die Freilassung von Youssouf Fofana. Auch anlässlich der Verbotsauftritte im Januar stellte er sich als verfolgte Unschuld eines Meinungsterrors dar. Es ist zu befürchten, dass Dieudonné zumindest im Januar in den Augen eines Teils der Öffentlichkeit als moralischer Sieger dastehen konnte. Denn in der breiten Öffentlichkeit war die Affäre erst wahrnehmbar, als Valls das Bühnenverbot verhängte. Über die Äußerung betreffend Patrick Cohen und die deswegen erstattete Strafanzeige der Rundfunkanstalt Radio France wurde zwar ebenfalls berichtet, aber nicht in den Hauptschlagzeilen, und die Anzeige fiel in die Zeit zwischen Weihnachten 2013 und Neujahr 2014. Was in der breiten Öffentlichkeit ankam, war also eher die „Zensurmaßnahme" als ihr Anlass, was Dieudonné für sich auszunutzen versuchte.

Eine vergleichsweise positive Nachricht, in diesem Gesamtzusammenhang, bildet unterdessen das grandiose Scheitern des Versuchs, eine Partei mit Schwerpunkt auf den Banlieues zum Hauptzweck der Mobilisierung antisemitischer Ressentiments zu gründen. Das am 11. November 2014 offiziell proklamierte Parteigründungsprojekt [4] des hauptberuflichen Antisemiten und „Schriftstellers" Alain Soral sowie seines langjährigen Kumpans Dieudonné bietet den Anblick eines Scherbenhaufens. Heute fragen sich viele Beobachterinnen und Beobachter auch, ob nicht die Ankündigung, zum Stadium einer Parteigründung überzugehen, bereits den Ausdruck einer „Flucht nach vorne" darstellte – zu einem Zeitpunkt, als sich die Schwierigkeiten bereits häuften.

Im Laufe des Herbst 2014 hatten Dieudonné und Soral verkündet, ein Partei unter dem Namen Réconciliation nationale („Nationale Aussöhnung") aufzubauen. Doch seitdem häufen sich nur die Nachrichten über die Abgänge von ehemaligen Getreuen. Alain Soral und Dieudonné haben sich mit zahlreichen, bisher engen Mitarbeitern überworfen. Denn das, was die gerne auf Juden projizierten – grenzenlose „Raffgier", Geld- und Sexgier – praktizierten die beiden selbst.

Dieudonné machte vor allem durch hemmungslose Bereicherung und Steuerbetrug auf sich aufmerksam. Soral ließ sich durch Mitarbeiter „Frischfleisch" zutreiben, in Gestalt von jungen Frauen, oft mit Migrationshintergrund, die für „die Dissidenz" aktiv sein wollten. Bei einer jüngst publik gewordenen Affäre ging es um eine schwarze Sängerin namens Bintu, die von Alain Soral sexuell belästigt wurde, nachdem sie für ihn hatte künstlerisch aktiv werden wollen. Er versandte ihr SMS-Nachrichten mit Fotos von seinem ausgefahrenen Geschlechtsteil. Die junge Frau ging nicht auf das Ansinnen ein, bewahrte die Nachrichten jedoch auf und machte sie in ihrem Milieu öffentlich. Bis dahin hatten Dieudonné und Soral vor allem davon profitiert, dass viele junge Rapsänger und andere Künstler sich von der etablierten Kulturindustrie ausgebeutet fühlten und dank Sorals Verlag und seiner starken Präsenz im Internet zu Bekanntheit kommen wollten.

Dieudonné und Soral behaupteten, eine moralische Alternative zur Kulturindustrie darzustellen. Das Bekanntwerden solcher Praktiken hat diese Illusion nun definitiv platzen lassen. Ein anderer Protagonist, Jérémie Maradas-Nado alias „Joe (oder Jo) Dalton", hatte jahrelang unbezahlt Wach- und Sicherheitsdienst geleistet. Als er sein Geld reklamieren wollte, zeigte Dieudonné ihn wegen Erpressungsversuchs an, und er wurde von Alain Soral nahe stehenden Polizisten misshandelt, bevor sie ihn ohne Anklage laufen lassen mussten.

Am Wochenende des 6./7. Dezember 2014 publizierte Libération auf vier Seiten die Aussagen solcher „Dissidenten der Dissidenz" (vgl. http://www.liberation.fr/politiques/2014/12/05/apres-la-quenelle-le-temps-des-querelles_1157617) – Neben dubiosen Geschäftspraktiken erzählen sie auch von den antisemitischen und paranoiden Obsessionen, die im inneren Führungskreis geherrscht hätten. In den Banlieues haben sich ihre Erlebnisse längst herumgesprochen. Dieudonné und Alain Soral dürften dort nun in breiten Kreisen erledigt sein. Allerdings sind es die Ideologie und die Ressentiments, derer sie sich bedienten, dadurch jedoch nicht. Und Ende Dezember 2014 ging Dieudonné erneut mit einem, einmal mehr höchst fragwürdigen, Spektakel – einer neuen Aufführung – auf Tournee [5]. Den weiteren Erfolg gilt es abzuwarten.

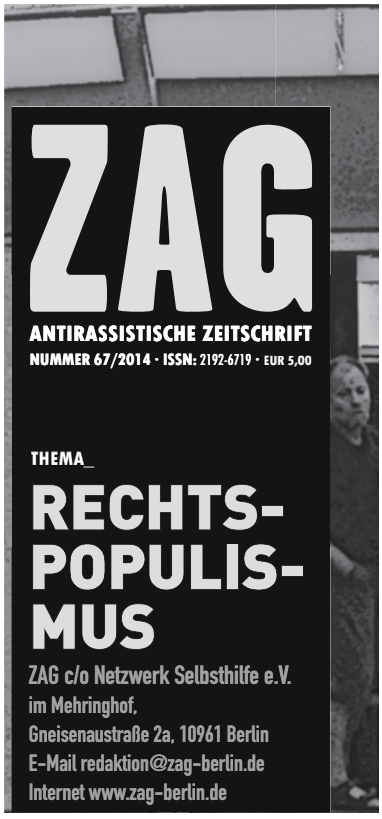
1 Hier: http://www.fondapol.org/debats/141114-conference-de-presse-organisee-par-la-fondation-pour-linnovation-politique-sur-le-theme-lantisemitisme-dans-lopinion-publique-francaise/ ; vgl. zur Präsentation in den Medien insbesondere: http://www.lemonde.fr/societe/article/2014/11/14/selon-une-enquete-l-antisemitisme-s-etend_4524020_3224.html

2 Vgl. zum kritischen Standpunkt etwa: http://www.arretsurimages.net/articles/2014-12-09/Antisemitisme-des-musulmans-un-sondage-mediatise-et-critique-id7291

3 Vgl. http://www.lemonde.fr/idees/article/2014/12/05/il-faut-parler-d-antisemitisme-avec-rigueur_4535515_3232.html

4 Ausführlich vgl. dazu, vom Verf. dieser Zeilen: http://jungle-world.com/artikel/2014/45/50874.html

5 Vgl. http://www.lefigaro.fr/culture/2014/12/29/03004-20141229ARTFIG00133-dieudonne-a-nantes-un-spectacle-tres-tendancieux.php



Winterabschiebestopp in Thüringen

Das neue Thüringer Kabinett hat unter dem Ministerpräsidenten Bodo Ramelow (DIE LINKE) heute als eine ihrer ersten Amtshandlungen wie angekündigt einen „Winterabschiebestopp“ erlassen, betroffen sind etwa 1900 Flüchtlinge – nach dem Modell des Landes Schleswig-Holstein, das sich deswegen bereits heftiger Angriffe erwehren muss – nicht von „Pegida“, nein, der Bundesinnenminister persönlich tadelte das Land ob seiner humanitären Tat in einem Brief. Damit werde die „Geschäftsgrundlage des Asylkompromisses“ (gemeint ist der Kretschmann-Deal zur Einstufung dreier Westbalkanländer als „sicher“) verlassen – dem der Ministerpräsident Albig (SPD) nach einer lobenswert klaren Rede im Bundesrat allerdings gar nicht zugestimmt hatte!

Quelle: thomas.hohlfeld@linksfraktion.de 09.12.2014 ■

Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern: Winterabschiebestopp

Der Flüchtlingsrat MV e.V fordert Innenminister Lorenz Caffier auf, gemäß § 60a Absatz 1 Aufenthaltsgesetz anzuordnen, dass Abschiebungen in die Staaten Afghanistan, Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Irak, Iran, Kosovo, Mazedonien, Russische Föderation, Serbien, Türkei, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Pakistan und Ukraine bis zum 31. März 2015 ausgesetzt werden.

In den Balkanländern beispielsweise hat sich an der Menschenrechtslage für Roma absolut nichts geändert. Auch in anderen Ländern erwartet die Flüchtlinge unter winterlichen Verhältnissen kein Leben in Würde und Sicherheit. Deshalb hat die Landesregierung Schleswig-Holstein auch bereits am 2. Dezember diesen generellen Winterabschiebestopp in die oben genannten Länder angeordnet. Auch das Bundesland Thüringen hat einen solchen Abschiebestopp angekündigt.

Nach Angaben des Landesflüchtlingsrates betrifft diese Aufforderung einige hundert Ausreisepflichtige in Mecklenburg-Vorpommern.

Quelle: Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern e.V. 09.12.2014 ■

Osnabrück: 27. Abschiebungsverhinderung

Am heutigen frühen Morgen (10.12.) machte sich erneut eine große Gruppe engagierter Menschen aus ganz Osnabrück und naher Umgebung auf den Weg zu einer Flüchtlingsunterkunft im Norden der Stadt. Trotz Kälte und Nieselregens kamen ca. 80 Geflüchtete und Unterstützer_innen zusammen, um Ideen auszutauschen, Tee und Kaffee zu trinken und – schließlich – die Zufahrt zum Kasernengelände, auf welchem sich die Unterkunft befindet, zu verstellen, als ein Bulli mit BS-Kennzeichen vorfuhr, um einen jungen Somalier abzuholen, der im Rahmen der Dublin-Verordnung nach Italien abgeschoben werden sollte. Zwei Beamte sondierten kurz die Lage und entfernten sich dann rasch wieder, womit heute in Osnabrück bereits zum 27. Male eine Abschiebung verhindert werden konnte !

Quelle: flucht@asyl.org 10.12.2014 ■

Land plant neue Abschiebehaftanstalt

Es war nur eine Frage der Zeit, wann auch Baden-Württemberg auf das Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom Juli 2014 reagiert. Dieser hatte entschieden, dass die Abschiebehaft nicht in demselben Gebäude wie der Strafhaft erfolgen darf. Das Land gab daraufhin die Abschiebehaftanstalt auf dem Gelände der JVA Mannheim auf. Nach Informationen der BNN plane das Landesinnenministerium in Kooperation mit Hessen jetzt die Einrichtung einer neuen Abschiebehaftanstalt. Die zwischenzeitliche Zusammenarbeit mit dem rotgrün regierten Rheinland-Pfalz sei offenbar schief gegangen. Dieses Vorhaben passt zu den geplanten Verschärfungen des Aufenthaltsrechts, das auch einen neuen bis zu viertägigen Ausreisegewahrsam für abgelehnte Asylsuchende vorsieht. Die vielfach beschworene und praktizierte Willkommenskultur droht gegen die Wand zu fahren, wenn gleichzeitig eine Abschiebepolitik forciert wird.

Quelle: http://fluechtlingsrat-bw.de 17.12.2014 ■

Besorgniserregend hohe Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

„Die tagtägliche Debatte zu den steigenden Flüchtlingszahlen in Deutschland scheint für Nazis und andere Rassisten eine Ermutigung zu sein. Seit Jahresbeginn sind die Zahlen zu Protesten vor und Übergriffen auf Flüchtlingsunterkünfte besorgniserregend hoch. Und nach allem was sich gegenwärtig abzeichnet werden sie zum Jahresende weiter steigen“, kommentiert die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. Ulla Jelpke die Antwort der Bundesregierung auf die quartalsweise abgefragten Daten zu Übergriffen auf Flüchtlingsheimen. Die Abgeordnete weiter: „Umso wichtiger ist es, dass die Bundesregierung sensibel mit diesem Thema umgeht und die ohnehin vorhandenen Ressentiments nicht weiter anheizt. Mir machen die Zahlen, gerade vor dem Hintergrund der Erinnerung an die frühen 90er Jahre große Sorge. Alle sind gefragt, dieser Entwicklung, die sich verschärft in den Protesten z.B. in Dresden und anderswo zeigt, etwas entgegenzusetzen und sich an die Seite der Flüchtlinge zu stellen.”

Quelle: http://www.ulla-jelpke.de 04.12.2014 ■

Policy Paper No. 26: Menschenrechtliche Verpflichtungen bei der Unterbringung von Flüchtlingen.

Empfehlungen an die Länder, Kommunen und den Bund

Deutschland ist nach internationalem Flüchtlingsrecht und den Menschenrechten dazu verpflichtet, menschenrechtskonforme Aufnahmebedingungen für Asylsuchende sicherzustellen. Die Realität sieht häufig anders aus. Nicht selten sind die Zustände in den Flüchtlingsunterkünften menschenunwürdig. In vielen Teilen Deutschlands müssen Menschen, die hier Schutz vor Krieg, Terror oder Verfolgung suchen, sogar über Jahre in solchen Einrichtungen leben.

Das vorliegende Policy Paper benennt menschenrechtliche Handlungspflichten von Ländern, Kommunen und vom Bund. Es endet mit zusammenfassenden Empfehlungen, damit die politisch Verantwortlichen den menschenrechtlichen Verpflichtungen Deutschlands nachkommen und rechtliche und faktische Barrieren für Flüchtlinge beim Zugang zum Wohnungsmarkt abbauen können.

Autor: Hendrik Cremer

Policy Paper

ISBN 978-3-945139-51-6 ISSN 1614-2195 14 S.

Quelle: http://www.institut-fuer-menschenrechte.de 12/2014 ■

Verständnis fehl am Platz

PRO ASYL warnt vor Verharmlosung von PEGIDA

PRO ASYL warnt vor einer Verharmlosung der PEGIDA-Demonstrationen gegen Flüchtlinge und Muslime. „PEGIDA stellt Menschenrechte wie die Religionsfreiheit und das Recht auf Asyl und damit die Grundlage unserer Gesellschaft in Frage“, sagt Günter Burkhardt, Geschäftsführer von PRO ASYL. Die PEGIDA-Bewegung versucht offensiv, Rassismus im politischen Diskurs zu etablieren, indem sie weit verbreitete rassistische Ressentiments mobilisiert und diese dann als „demokratische Meinungsäußerung“ angeblich besorgter Bürger präsentiert. Wenn in Politik und Öffentlichkeit die PEGIDA-Programmatik verständnisvoll als Äußerung „diffuser Ängste“ ver-

harmlost wird, droht diese Strategie aufzugehen.

Statt Verständnis für die Sorgen der PEGIDA-Demonstranten zu äußern, muss die Angst von Flüchtlingen und Migranten vor der wachsenden rassistischen Gewalt und Hetze endlich ernst genommen werden“, so Burkhardt. „Verständnis für Menschen, die mit Rechtsextremen auf die Straße gehen, verharmlost gefährliches Mitläufertum.“

PRO ASYL ruft zur Teilnahme an Gegendemonstrationen auf. Es muss verhindert werden, dass diese rassistische und islamfeindliche Bewegung ihre Hetze im politischen Diskurs etablieren kann.

Quelle: Presseerklärung PRO ASYL 15.12.2014 ■

Ergebnisse der IMK in Wiesbaden

Verlängerung der Bleiberechtsregelung, doch weiter Hängepartie
Flüchtlingsaufnahmeprogramm mit nur geringen Platzzahlen

Die Innenministerkonferenz in Wiesbaden hat vereinbart, dass eine Verlängerung der zum Jahresende auslaufenden Bleiberechtsregelung auf landesrechtlicher Grundlage möglich ist. Das dürfte auf Seiten der Betroffenen einerseits Erleichterung auslösen, andererseits geht die Hängepartie zum Thema einer Bleiberechtsregelung mit Dauerwirkung weiter.

Denn ein mögliches Gesetzgebungsverfahren benötigt Zeit.

Immerhin steht mit einer aktuellen Gesetzgebungsinitiative der schwarz-gelben Landesregierung Schleswig-Holstein das Thema bereits am 16. Dezember 2011 im Bundesrat zur Beratung an. Im konservativ-liberalen Lager gibt es offenbar auch die Einsicht, dass man sich des Themas nicht durch Ignorieren entledigen kann.

PRO ASYL fordert die am Beratungsprozess Beteiligten dringend auf, die jahrelange Hängepartie zu beenden und die schleswig-holsteinische Initiative in verbesserter Form zum Anlass zu nehmen, eine Regelung mit Dauerwirkung zu schaffen.

PRO ASYL begrüßt die Entscheidung der Innenministerkonferenz, sich über mehrere Jahre hinweg an Aufnahmeprogrammen für Flüchtlinge (Neuansiedlung/Resettlement) zu beteiligen, als einen viel zu kleinen Schritt in die richtige Richtung. Denn die ins Auge gefassten Aufnahmezahlen mit dem Zeithorizont der nächsten drei Jahre sind angesichts der Größe der zu lösenden Probleme dürftig. Allein für das Jahr 2012 benötigt das Hohe Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) weltweit 172 000 Resettlementplätze. Besonders dringend gelöst werden muss das Problem der subsaharischen Flüchtlinge, die nach Flucht und Vertreibung aus Libyen immer noch im Lager Choucha auf der tunesischen Seite der Grenze leben und nicht in ihre Herkunftsländer zurückkehren können. Mehrere tausend Flüchtlingen brauchen allein hier kurzfristig Aufnahmeplätze.

Quelle: Presseerklärung www.proasyl.de 09.12.2014 ■

Frontex will keine Seenotrettungseinsätze mehr

Zynischer kann es nicht sein: Die Grenzschutzagentur Frontex fordert, nicht mehr zu Seenotrettungseinsätzen außerhalb der 30-Meilen-Zone, dem eigentlichen Einsatzgebiet der Mission Triton im Mittelmeer, gerufen zu werden. Man solle die Entfernungen zu den infrage kommenden Objekten in Betracht ziehen und die Notrufzentralen einschalten, die näher dran sitzen, so der Frontex-Einsatzleiter Klaus Rösler nach Informationen der italienischen Nachrichtenagentur ADNKRONOS . Das bedeutet: Frontex verlangt die Einschaltung der libyschen SAR (search and rescue)-Schiffe, denn die meisten Notrufe kommen aus libyschem Seenotrettungsgebiet.

borderline-europe verurteilt dieses menschenunwürdige Vorgehen der Grenzschutzagentur Frontex auf das Schärfste!

Hintergrund der Beschwerde sind mehrere Rettungsanfragen der italienischen Seenotrettungszentrale in Rom an Schiffe, die im Rahmen der Mission „Trition“ im Mittelmeer unterwegs waren. Klaus Rösler erklärt in seinem Schreiben an den Leiter der Immigrationsabteilung und der Grenzpolizei im italienischen Innenministerium, Giovanni Pinto, dass nicht jeder Anruf von einem Satellitentelefon, getätigt von Bord eines Flüchtlingsbootes, auch ein Hilferuf sei. Doch laut Berichten der UNO vom 10.12.2014 sind allein in diesem Jahr mindestens 3419 Flüchtlinge auf See gestorben. Erst am Nikolaustag waren 17 Leichen in den sizilianischen Hafen Porto Empedocle gebracht worden.

Statt das Seenotrettungsprogramm der italienischen Regierung zu übernehmen hat sich die Europäische Union mit der Frontex-Operation „Triton“ zur Sicherung der Grenzen erneut als Träger der „Festung Europa“ manifestiert. Doch nun zeigt auch die Frontex-Einsatzleitung ihr wahres Gesicht: sie fordert, die Seenotrettung einem Staat wie Libyen zu überlassen, dessen staatliche Strukturen und damit auch die Institutionen zur Seenotrettung praktisch nicht mehr existent sind, und nimmt damit den sicheren Tod von Flüchtlingen in Kauf.

Seenotrettung ist durch internationale Vereinbarungen eine rechtliche Pflicht und eine humanitäre Selbstverständlichkeit, der sich auch Frontex nicht entziehen darf!

Quelle: Presseerklärung Geschäftsstelle <mail@borderline-europe.de 10.12.2014 ■

Niedersachsen: Flüchtlingsrat begrüßt Ankündigung des Flüchtlingsgipfels

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen begrüßt die Ankündigung der Landesregierung, in Niedersachsen Anfang des kommenden Jahres einen Flüchtlingsgipfel einzuberufen. Ein solcher Gipfel bietet die Möglichkeit, offenkundige Widersprüche und Inkonsistenzen beim Namen zu nennen und pragmatisch nach Lösungen zu suchen:

Es ist nicht nachvollziehbar, warum Asylsuchende nach wie vor nicht das Recht haben, an den allgemeinen Sprach- und Integrationskursen für Migrantinnen und Migranten teilzunehmen. Die Kommunen behelfen sich mit selbstfinanzierten Sprachkursen, und für bestimmte Flüchtlinge ist manchmal auch eine Teilnahme an Sprachkursen möglich, die über den Europäischen Sozialfonds gefördert werden. Es fehlt jedoch nach wie vor ein Konzept für einen systematische und nachhaltige Sprachunterricht, der allen Asylsuchenden zugänglich ist. Hier ist natürlich auch der Bund gefordert: Die Bundesregierung hat in ihrer Koalitionsvereinbarung die Einrichtung solcher Sprachkurse zwar zugesagt, dieses Versprechen aber bislang nicht eingelöst!

Flüchtlinge dürfen nach drei Monaten arbeiten, werden in Niedersachsen bislang jedoch nicht systematisch von den Arbeitsagenturen erfasst und beraten. Wir müssen durch geeignete Maßnahmen dafür sorgen, dass alle Asylsuchenden ein Assessment erhalten und als Kundinnen und Kunden der Arbeitsagentur willkommen geheißen, beraten und gefördert werden. Hierbei hilft uns auch das neue Modellprojekt „Early Intervention“ von BAMF und Arbeitsagentur, das am 1.3.2015 auch in Hannover an den Start gehen wird. Die ESF-geförderten Bleiberechtsnetzwerke zur Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen und Geduldeten sowie die IQ-Beratungsstellen bieten sich hier als Partner an.

Im Rahmen des in Niedersachsen eingeleiteten Paradigmenwechsels in der Flüchtlingspolitik sind bereits große Fortschritte gemacht worden. Statt Asylsuchende auszugrenzen und zu isolieren, entwickeln das Land und die Kommunen Konzepte für eine bessere Aufnahme und Partizipation auch von Flüchtlingen. Einige Städte und Regionen haben bereits bemerkenswerte Konzepte für eine kommunale Programmatik entwickelt, die das Ziel verfolgt, Flüchtlinge möglichst schnell in die Lage zu versetzen, ihr Leben wieder selbst in die Hand zu nehmen und ihren Lebensunterhalt aus eigener Erwerbstätigkeit zu finanzieren. Diesen Prozess gilt es zu unterstützen – auch mit zusätzlichen Fördermitteln des Landes.

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen 22.12.2014 ■

Fordert Rot-Grün schärfere Haftbedingungen für Abschiebungshäftlinge?

DÜSSELDORF – Die Rot-Grüne Landesregierung in NRW hat am 10. Dezember 2014 einen Entwurf für ein Abschiebungshaftvollzugsgesetzt bekanntgegeben. Außer einigen möglichen Verschärfungen bei den Haftbedingungen bleibt alles wie es war.

Obwohl Abschiebungsgefangenen keine Straftaten begangen haben, unterlagen sie in der JVA Büren fast denselben Haftbedingungen wie die dort eingesperrten Strafgefangenen. Dass diese Haftbedingungen unrechtmäßig sind, hat der BGH in einem Urteil vom 25. Juli 2014 (Az.: V ZB 137/14) festgestellt. Seitdem werden die Betroffenen in Abschiebungshaftvollzugseinrichtungen nach Berlin und Eisenhüttenstadt verbracht

Um die Abschiebungshaft wieder in NRW betreiben zu können, hat die Rot-Grüne Landesregierung am 10 Dezember 2014 ein Abschiebungshaftvollzugsgesetz vorgelegt. Dieses besteht aus lediglich fünf Paragraphen und führt aus, dass Abschiebungsgefangene denselben Haftbedingungen wie Strafgefangene unterliegen sollen.

Allerdings gibt es einige Verschärfungen. Während nach dem alten Gesetz Abschiebungsgefangenen das Recht hatten, eigene Kleidung zu tragen und von der Arbeitspflicht befreit waren, ist dieses im neuen Gesetz nicht mehr explizit vorgesehen. Auch fehlt es an einer Sonderregelung, dass auf Abschiebungsgefangene auf der Flucht nicht geschossen werden darf.

Zwar hat Innenminister Ralf Jäger in den letzten Wochen immer wieder in die Diskussion eingebracht, dass Abschiebungshaft Ultima Ratio sein soll, doch in dem Gesetz ist hiervon keine Rede mehr. Auch hat der Dialog, den Jäger mit den in der Flüchtlingsarbeit tätigen Verbänden und Organisationen zum Thema Abschiebungshaft führen wollte, nicht stattgefunden.

Die AG Abschiebungshaft im AK Asyl e.V. kritisiert, dass Jäger auch vorhat, das alte Personal der JVA Büren zu übernehmen und keine größeren Umbaumaßnahmen durchführen will, um den Strafhaftcharakter der JVA Büren abzubauen. „Es ist schon schwer enttäuschend, dass die Rot-Grüne Landesregierung weiterhin Flüchtlinge wie Verbrecher einsperren will“, so Frank Gockel, Sprecher der AG Abschiebungshaft. Gockel weiter: „vollkommen unverständlich ist aber, dass nun sogar die Gefahr besteht, dass die Haftbedingungen verschärft werden.“

Die AG Abschiebungshaft kritisiert weiter, dass es keinerlei Ansatz zur Haftvermeidung gibt. Gockel dazu: „NRW war schon immer mit der Anzahl der inhaftierten Flüchtlinge weit vorne und will es wohl auch bleiben. Es ist unverständlich, warum NRW auf die Inhaftierung von Kindern und Jugendliche, alte Menschen, schwerkranke und behinderte Menschen, schwangere Frauen und traumatisierten Flüchtlingen nicht verzichten will.“

Quelle: Pressemittteilung AG-Abschiebungshaft@ak-asyl.info 11.12.2014 ■

Kirchenasyle sind Aktive Nothilfe – BAMF sieht das anders

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat ein Problem mit Kirchenasylen.

Nach Hinweisen aus einem Protokollpapier verhindern Kirchenasyle die Rückschiebungen im Dublin-Verfahren. Die Dublin-Verordnung besagt, dass nur das erste Einreiseland zuständig für Asylanträge und Aufnahme von Flüchtlingen aus Drittstaaten ist. Dadurch sind Italien, Ungarn, Malta, Zypern und Polen in größerem Maße gefragt als Deutschland.

Hintergrund der aktuellen Debatte im BAMF ist, dass durch Kirchenasyle die Rückführungen im Dublin-Verfahren nicht durchgeführt werden können. Richtig ist, dass es bei steigenden Flüchtlingszahlen, einem völlig uneinheitlichen Asylsystem in Europa, inhumanen Aufnahmebedingungen und einem bürokratischen Verteilsystem eine steigende Zahl von Kirchenasylen gibt. Zur Zeit weiß die Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche (BAG), der organisatorische Zusammenschluss der Kirchenasylbewegung in Deutschland, von 190 Kirchenasylen, von denen ca. 157 das Dublin-Verfahren betreffen.

Als Reaktion auf die gestiegenen Zahlen der sogenannten Kirchenasyle bei Abschiebungen in Dublin-Fällen soll zukünftig eine verlängerte Überstellungsfrist von 18 Monaten gelten. Es werde davon ausgegangen, dass Personen im Kirchenasyl sich „dem Verfahren absichtlich entziehen“, so das BAMF.

Dieses Vorhaben wird von der BAG deutlich kritisiert. „Kirchenasyl ist und bleibt ein Instrument der Menschenrechtsarbeit. Dass nun begonnen wird, die humanitären Handlungspartner einzuschüchtern, ist unverständlich und kontraproduktiv“, so Dietlind Jochims, Vorsitzende der BAG.

Gemeinden, die Kirchenasyl gewähren, machen auf Härtefälle und drohende Menschenrechtsverletzungen aufmerksam. Diese zu identifizieren und vulnerable Personen besonders zu schützen ist eigentlich Aufgabe der staatlichen Behörden. Dass sich Kirchengemeinden solcher Fälle annehmen, entschärft allerdings die Lage kaum, weil die Zahl der Betroffenen um ein vielfaches größer ist, als die Zahl der aufnahmebereiten Gemeinden es je sein könnte.

Die wachsende Zahl der Kirchenasyle in Dublin-Fällen unterstreicht die dringende Notwendigkeit einer veränderten Flüchtlingspolitik. Menschenrechtliche Mindeststandards werden nicht überall in Europa eingehalten. Die Schutzbedürftigen sollten nicht die Leidtragenden dieser Tatsache sein.

Die Ökumenische BAG Asyl in der Kirche fordert das BAMF auf, von einer Verlängerung der Fristen bei Kirchenasyl abzusehen. Stattdessen ist ein gemeinsamer Dialog über eine Neuordnung der europäischen Asylpolitik, den Schutz bedrohter Menschen in Deutschland und eine freie Wahl für den Ort der Asylantragstellung und des Lebens in Europa dringend erforderlich.

Quelle: PM Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche e.V. Kirche zum Heiligen Kreuz 09.12.2014 ■

Es geht um Rechte, nicht um das Wohlwollen staatlicher Stellen

Anlässlich des Internationalen Tags der Menschenrechte kritisiert Institutsdirektorin Beate Rudolf den Umgang mit Flüchtlingen in Deutschland und mahnt dringende Verbesserungen bei deren Unterbringung und Gesundheitsversorgung an.

Wenn Sie heute, am Internationalen Tag der Menschenrechte, auf die Menschenrechtslage in Deutschland blicken – wo sehen Sie aktuell Handlungsbedarf?

Beate Rudolf: Der Umgang mit Flüchtlingen in unserem Land ist in vielen Fällen alles andere als menschenrechtskonform: Überfüllte Massenunterkünfte und die eingeschränkte Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen in Deutschland verletzen massiv die Rechte von Menschen, die nach einer Flucht vor Krieg, Terror oder Verfolgung Schutz in Deutschland suchen. In einigen Bundesländern sind Flüchtlinge gezwungen, jahrelang in Gemeinschaftsunterkünften zu leben – oft unter menschenunwürdigen Bedingungen. Auch die Gesundheitsversorgung von geflüchteten Menschen entspricht nicht den Vorgaben der Menschenrechte. Geflüchtete Menschen dürfen beispielsweise nur bei akuten Erkrankungen und Schmerzen zum Arzt gehen. Der Arztbesuch ist mit großen bürokrati-

Am 7.1.2015 jährt sich der grausame Tod Oury Jallohs zum 10. Male

Oury Jalloh wurde am 7. Januar 2005 von Polizeibeamten in Dessau-Roßlau bestialisch und kollektiv ermordet.

Nach rechtswidriger Festnahme und brutaler Gewalt wurde Oury in der Zelle Nr. 5 des Polizeireviers in der Dessauer Wolfgangstraße an Händen und Füßen auf eine feuerfeste Matratze fixiert, mit mehreren Litern Brandbeschleuniger übergossen und bei lebendigem Leibe verbrannt.

Am 4. September 2014 erteilte der Bundesgerichtshof den Mördern seinen höchstrichterlichen Segen und schließt damit die Kette der Mittäterschaft und Vertuschung.

Wie das Vertuschen des Mordes unmittelbar nach dem Mord begann:

Zu den Ermittlungen am Tatort wurde trotz des Todesfalles in einem Flammenmeer kein Brandsachverständiger hinzugezogen, wodurch zweckdienlich zeitnahe Untersuchungen nur laienhaft und eingeschränkt durchgeführt wurden. Die Sicherstellung des Brandschuttes erfolgte ausgewählt teilweise und Rußablagerungen an den Wänden wurden gänzlich ignoriert.

Die vorgeschriebene Videodokumentation der gesamten Beweissicherung brach unerklärlicherweise nur wenige Minuten nach Beginn der Übersichtsaufnahmen von Zelle und Leichnam unvermittelt ab? eine Fotodokumentation der unzureichenden Sicherstellungsmaßnahmen unterblieb.

In der Brandzelle verbliebene Beweismittel wurden trotz kriminalpolizeilicher Versiegelung entfernt und entsorgt.

Neben der Trauer um den Verlust unseres Bruders Oury Jalloh und dem Zorn gegenüber den brutal-rassistischen Mördern entwickelte sich so noch zusätzlich eine fassungslose Empörung über die polizeilichen, juristischen und politischen Seilschaften. Die offensichtlichen Manipulationen, Vertuschungen und Rechtsbeugungen durch alle Instanzen sind eine bodenlose Verhöhnung der Hinterbliebenen und Freunde Oury Jallohs.

Die Mutter Oury Jallohs, Mariama Djombo Diallo starb am 23. Juli 2012, ohne ihr Recht auf die Wahrheit um die Umstände des gewaltsamen Todes ihres Sohnes auch nur ansatzweise gewährt bekommen zu haben. Sie hat die würdelose Niederträchtigkeit eines scheinheiligen „Rechtsstaates“ so nicht länger überleben können.

Die Staatsanwaltschaft Dessau konstruierte unter Zuhilfenahme gleich mehrerer, eher unwahrscheinlicher Spekulationen die mordverschleiernde Hypothese, dass Oury Jalloh die schwer entflammbare Matratze selbst angezündet haben soll. Der weitere Ermittlungsverlauf wurde zwanghaft auf dieses eine Szenario beschränkt und jegliche ergebnisoffene Beweismittelerhebung von Anfang an und kontinuierlich verhindert.

Ohne den von Beginn an organisierten Kampf von Freunden und Aktivisten für Aufklärung und Gerechtigkeit wären die staatsanwaltlichen Ermittlungen bereits nach kurzer Zeit einfach eingestellt worden.

Der zuständige OStA Preissner der Staatsanwaltschaft Dessau weigert sich bis zum heutigen Tage hartnäckig, „Anhaltspunkte für die Beteiligung Dritter“ auch nur ansatzweise erkennen zu wollen.

Selbst nach Vorlage eines spendenfinanzierten Brandgutachtens, welches zum Schluss kommt, dass das Brandergebnis nicht durch die Brandlast und -eigenschaften der feuerfesten Matratze alleine erklärbar sein kann, verneint der Generalbundesanwalt die Ermittlungen zur Strafanzeige der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh wegen Mordes durch Polizeibeamte seine Zuständigkeit und verweist den Fall zurück an genau diesen Dessauer Staatsanwalt zur weiteren Vertuschung (http://initiativeouryjalloh.wordpress.com/brandgutachten/video-brandgutachen-fire-investigation/¬¬¬¬).

Nach mehr als 9 1/2 Jahren ohne gerichtliche Aufklärung eines nachvollziehbaren Brandverlaufes kehrten die obersten Richter des BGH das Verfahren gegen den verantwortlichen Dienstgruppenleiter Andreas Schubert unter den Teppich eines vermeintlichen „Rechtsstaates“. Die „Legalisierung des mörderischen Rechtsbruches“ durch den rechtswidrigen Ausschluss eines Richters ist letztlich nur konsequente, staatlich garantierte Straflosigkeit für mordende Exekutivbeamte.

¬¬¬Dieser mörderischen Mentalität einer kolonialen Unkultur des Terrors und dessen Straflosigkeit stellen wir unsere Trauer und unseren widerständigen Zorn entgegen und werden weiterhin gemeinsam für Wahrheit, Gerechtigkeit und Entschädigung streiten.

(http://initiativeouryjalloh.wordpress.com/2014/11/23/900-x-10-euro-als-spenden-gesucht/)

Informiert Euch über Mobilisierungsveranstaltungen in Eurer Nähe und kommt am 7.1.15 nach Dessau (http://initiativeouryjalloh.wordpress.com)

Informiert Freunde und Bekannte über den Fall und spendet für die weitere unabhängige Aufklärung

(https://initiativeouryjalloh.files.wordpress.com/2014/12/spendenaufruf_nach-untersuchungen.pdf)

Unterstützt die Initiative bei den repressiven Gerichtsverfahren gegen ihre Aktivisten vor Ort

(http://initiativeouryjalloh.wordpress.com/2014/11/23/initiative-vor-gericht-27-11-2014-10-uhr-amtsgericht-dessau/)

---

schen Hürden verbunden, weil sich die Betroffenen zuvor einen Krankenschein beim Sozialamt besorgen müssen. In einigen Fällen ist sogar noch ein Amtsarzt zwischengeschaltet. Das führt dazu, dass Krankheiten verschleppt werden und sich der Gesundheitszustand auf Dauer verschlechtert. Die unzulängliche Gesundheitsversorgung hat in Einzelfällen sogar zum Tod geführt.

Was muss getan werden, damit sich die Situation verbessert?

Damit Deutschland seinen menschenrechtlichen Verpflichtungen bei der Unterbringung von Flüchtlingen gerecht werden kann, müssen dringend rechtliche und faktische Barrieren abgebaut werden. In Bayern sind Asylsuchende oder Menschen im Duldungsstatus beispielsweise verpflichtet, über Jahre hinweg in Massenunterkünften zu leben. Solche Regelungen verstoßen gegen das Recht auf Wohnen, das das Recht auf Zugang zum Wohnungsmarkt enthält und im UN-Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte verbrieft ist.

Die Bundesländer müssen darüber hinaus endlich verbindliche Mindeststandards für Flüchtlingsunterkünfte schaffen, die menschenrechtskonforme Lebensbe-

dingungen sicherstellen. Derzeit sind allein die Kosten das Maß aller Dinge, die menschenrechtskonforme Ausgestaltung spielt eine untergeordnete Rolle.

Wie müssten solche Mindeststandards für Aufnahmeeinrichtungen aussehen?

Aus dem Recht auf Wasser und Sanitärversorgung folgt beispielsweise, dass die Betreiber genügend Toiletten, Duschen und Waschbecken zur Verfügung stellen müssen. Aus dem Recht auf Gesundheit lässt sich ableiten, dass Aufnahmeeinrichtungen nicht gesundheitsgefährdend, beispielsweise von Schimmel befallen sein, dürfen. Das Recht auf Familienleben gibt vor, dass Familien nicht getrennt voneinander untergebracht werden dürfen. Gegen diese Rechte wird in Flüchtlingsunterkünften immer wieder verstoßen.

Es geht also um Rechte, nicht um das Wohlwollen staatlicher Stellen…

Genau. Gegenwärtig unterscheiden sich die Vorgaben für Flüchtlinge von Kommune zu Kommune zum Teil massiv: In manchen Bundesländern dürfen sie sich Wohnungen suchen und erhalten eine elektronische Gesundheitskarte, in andern Ländern müssen sie in Massenunterkünften leben und benötigen die Erlaubnis von Heimmitarbeitern, um zum Arzt gehen zu dürfen. Es darf aber nicht sein, dass die Lebensbedingungen vom Wohlwollen der staatlich zuständigen Stellen abhängig sind. Deutschland hat sich international zur Einhaltung der Menschenrechte verpflichtet, indem es beispielsweise den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, die UN-Kinderrechtskonvention und den UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert hat. Damit sind die Menschenrechtsverträge geltendes Recht. Menschenrechte sind Rechte, sie geben Menschen Ansprüche. Dieser Perspektivwechsel ist dringend notwendig, damit es nicht bei einem Lippenbekenntnis am Tag der Menschenrechte bleibt.

(Interview: U. Sonnenberg)
Quelle: http://www.institut-fuer-menschenrechte.de10.12.2014 ■

Michail Bulgakow

Die weiße Garde

In manchen Fällen sagt ein Roman mehr aus als ein wissenschaftliches Buch. Auf Sizilien etwa hört man / frau immer wieder: „Wenn Sie die (jüngere) Geschichte des Landes verstehen wollen, dann lesen Sie am besten den „gattopardo“ (Leopard) von Lampedusa“ (1). Und Marx lässt bekanntlich an Schlüsselstellen des „Kapitals“ die Literatur zu Wort kommen – u.a. Shakespeare.

Um die aktuellen Konflikte, ja den Krieg in der Ukraine zu verstehen, bedarf es zweifelsohne vieler Hintergrund-Infos. Aber auch ein Roman wie Bulgakows „Die weiße Garde“ vermittelt tiefe Einblicke in deren historische und kulturelle Dimension.

Bulgakow, der Autor des legendären Romans „Meister und Margarita“ (der in der Stalin-Ära der Sowjetunion nicht veröffentlicht werden durfte) wurde in Kiew geboren, als Sohn eines russischen Kirchenhistorikers (2). Bulgakow und seine bürgerliche Familie erlebten voll die Revolutions-Jahre 1917 und danach in der „herrlichen Stadt am Dnepr“. „Die weiße Garde“ ist die literarische Aufarbeitung dieser Erlebnisse.

Der Roman schildert in komprimierter Form (aus dem Stoff wurde auch ein Bühnenstück: „Die Turbins“) den oftmaligen Wechsel der Herrschaft in der Stadt: das von den Deutschen abhängige Hetman-Regime, die ukrainisch-nationalistische Petljura-Bewegung, die Winkelzüge der konterrevolutionären „weißen“ Generäle etc. und die revolutionären Bolschewiki.

Es bietet sich ein wüster, fast unauflöslicher politischer Knäuel dar. Total unterschiedliche Schichten und Klassen bzw. deren jeweilige ProtagonistInnen stoßen aufeinander. All das mit – durchaus gegensätzlichen – ausländischen, sprich imperialistischen Interessen- von Polen über das (zusammenbrechende) Deutsche Reich bis hin zur Entente. Kommt einem doch auch in der Gegenwart irgendwie bekannt vor…

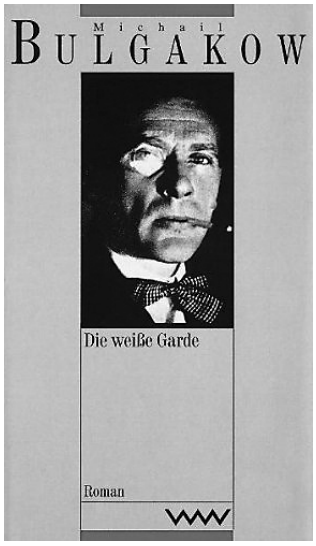
Die Ereignisse und ihre AkteurInnen werden via erstklassiger !Literatur! präsentiert – die Figuren sind NICHT bloße „Sprachrohre des Zeitgeistes“ – wie Engels es in seiner Kritik an Lassalles „Sickingen“ formulierte (3). Auch die „STADT“ (gemeint ist Kiew und bei Bulgakow im Roman immer groß geschrieben) wird differenziert, ja liebevoll geschildert (und erinnert etwas an den New York-Roman von Dos Passos).

Durch die Lektüre des dichten, spannenden/Buchs bekommt man /frau ein Gespür für die Verwickelheit der Probleme, die nationalen Hader, die diametral entgegengesetzten (Klassen)Interessen.

Auch wenn es sich bei Bulgakow um KEINEN „linken“ Schriftsteller handelt und er einiges verzerrt durch die „russische Brille“ schildert, sollte man/ frau sich das Buch (erneut) zu Gemüte führen- auch als wunderbares Palliativ gegen einseitige, Schwarz-Weiß- oder „Lager“sichtweisen bezüglich der Ukraine heute.

Hermann Dworczak

1) Tomasi di Lampedusa Der Leopard . Band 447 der Bibliothek Suhrkamp, Frankfurt am Main 1975
2) Siehe die sehr informative RoRoRo Monographie „Michael Bulgakow“ von Elsbeth Wolffheim. Reinbeck bei Hamburg 1966
3) Sickingen-Debatte. Ein Beitrag zur materialistischen Literaturtheorie, Hrsg. von Walter Hinderer. Luchterhand Verlag. Darmstadt und Neuwied 1974
Michail Bulgakow Die Weiße Garde Globus Verlag Wien o.J. , 318 Seiten



Neuer IDA-Reader zu Antiziganismus

Sinti und Roma sind in besonderem Maße rassistischer Ausgrenzung und Diskriminierung ausgesetzt. Nicht nur aktuell aus Osteuropa migrierte Roma sind von Rassismus betroffen; antiziganistische Feindbilder richten sich gegen alle Sinti und Roma, die in Deutschland leben – in einer jahrhundertelangen Kontinuität, die selten betrachtet und herausgestellt wird.

Eine neue Publikation des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusarbeit e. V. (IDA) klärt über Ursachen und Auswirkungen von Antiziganismus auf. Bisher gibt es für Multiplikator_innen der Jugend- und Bildungsarbeit wenig Material, wenn es darum geht, Rassismus gegen Sinti und Roma zum Thema zu machen. Die Broschüre möchte inhaltliche Grundlagen festigen und den Weg dafür ebnen, praktisch-pädagogische Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln.

Nach zwei einführenden Texten nimmt die Broschüre drei Ebenen von Antiziganismus in den Blick: Der erste Teil der Publikation geht auf strukturelle Diskriminierung ein, wenn er nach der ausgrenzenden Wirkungsweise von Sprache, nach der aktuellen Mediendebatte über eingewanderte

Roma und der Bildungssituation deutscher Sinti und Roma fragt. Weitere Beiträge widmen sich unter anderem der Diskriminierung von Sinti und Roma auf dem Arbeitsmarkt und der Lage von Roma in Ost- und Südosteuropa. Im zweiten Teil fokussiert die Broschüre die individuelle Ebene des Antiziganismus: So geht die Publikation auf die Verbreitung antiziganistischer Einstellungen in Deutschland sowie die Herkunft und Wirkung einzelner antiziganistischer Vorurteile ein. In der Broschüre sind u. a. Texte zu den historischen Grundlagen des Antiziganismus, zur Konstruktion von Sinti und Roma als vermeintlich „ethnisch homogenes Volk“ und zu den Vorwürfen der Kriminalität sowie der Arbeitsunwilligkeit versammelt. Ein dritter Teil beleuchtet die Ebene von (extrem rechter) Agitation und Gewalt gegen Sinti und Roma in Deutschland wie in Mittel- und Osteuropa.

Nicht zuletzt weil ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt von IDA e. V. die Unterstützung von und die Kooperation mit Migrant_innenselbstorganisationen ist, schließt die Broschüre in einem vierten Teil mit der Selbstrepräsentation von Organisationen. Es stellen sich die Roma-(und Nicht-Roma) Jugendorganisationen Amaro Drom e. V., Amaro Foro und TernYpe vor; ferner das AGORA-Netzwerk für Sinti- und Roma-Frauen, die Kampagne „Alle bleiben“ und die Hildegard-Lagrenne-Stiftung.

Die Publikation kann bei IDA gegen eine Versandkostenpauschale von 3,00 Euro zuzüglich der Portokosten unter www.idaev.de/publikationen/bestellformular bestellt werden.

Düsseldorf, 12.12.2014

Milena Detzner/Ansgar Drücker/Barbara Manthe (Hg.): Antiziganismus – Rassistische Stereotype und Diskriminierung von Sinti und Roma. Grundlagen für eine Bildungsarbeit gegen Antiziganismus. Herausgegeben im Auftrag des IDA e. V., ISSN 1616-6027, Düsseldorf: Eigenverlag 2014, 80 Seiten

MIRJAM ZADOFF „DER ROTE HIOB“

Wer den Namen Scholem hört, denkt unwillkürlich an den jüdischen Religionswissenschaftler Gershom Scholem – den Freund und Briefpartner von Walter Benjamin. Aber es gibt noch einen anderen Scholem, den Bruder Werner – revolutionärer Marxist, Kritiker Stalins und im KZ Buchenwald ermordet. Die vorliegende Biographie leistet einen wesentlichen Beitrag, diesen in Vergessenheit geratenen Kämpfer der ArbeiterInnenbewegung wieder einem breiteren Publikum bekannt zu machen.

Die Brüder Gershom (Gerhard) und Werner Schalom – aus dem „angepassten“ jüdischen liberalen (oft deutschnational orientierten) Bürgertum kommend – gingen in den Jugendjahren ähnliche Wege: Sie rebellierten gegen die „Welt der Väter“, sympathisierten mit dem Sozialismus und Zionismus. Während sich Gerhard in die Schweiz absetzen konnte, musste Werner im Ersten Weltkrieg einrücken, erlebte voll dessen Schrecken unmittelbar mit, wurde an der Ostfront schwer verwundet.

Werner hatte sich schon früh in der ArbeiterInnenbewegung organisatorisch verankert, spielte inbesondere in der Jugendarbeit eine wichtige Rolle, radikalisierte unter dem Eindruck des Krieges und dem Verrat der sozialdemokratischen Führung (Zustimmung zu den Kriegskrediten, „Burgfrieden“,…) seine politischen Positionen und fand über die USPD schließlich den Weg zur KPD.

Gerhard hingegen nahm sein politisches Engagement immer mehr zurück, verstärkte seine zionistische Haltung und Gläubigkeit. An die Stelle tiefgehender Gesellschaftsanalysen trat die Beschwörung von „Dämonen“ (S. 123) – ähnlich wie bei dem „Arier“ Doderer. Immer schärfer wurde auch die Kritik am politischen Verhalten des Bruders.

Die Autorin schildert kenntnisreich das Auseinanderdriften des ungleichen Brüderpaars: der eine wird Revolutionär, verurteilt den Stalinismus, wird ein Weggefährte Trotzkis und schließlich – nach langen Jahren politischer Gefangenschaft – 1940 von den Nazis im KZ Buchenwald umgebracht. Der andere wird weltbekannter Religionswissenschaftler, geht nach Palästina und hilft dort mit den Zionismus praktisch umzusetzen- mit all den bekannten katastrophalen Folgen für die arabische Bevölkerung.

Nicht übergangen wird das weitgehend traditionelle Frauenbild, das dem Revolutionär Scholem eigen war, obwohl seine – nichtjüdische – Gattin selbst politisch aktiv, belesen – also alles andere als ein „Hausmütterchen“ war.

Wer Interesse an der – extrem tragischen – Geschichte der deutschen ArbeiterInnenbewegung hat, sollte sich das Buch nicht entgehen lassen.

Über einige Punkte würde ich gerne mit der Autorin einen kritisch-solidarischen Dialog führen – etwa: die Auseinandersetzung mit der „jüdischen Utopie“ erscheint mir etwas zu kurz geraten. Michael Löwy hat dazu einige wunderbare Bücher geschrieben.

Die harten Bedingungen „21 Bedingungen“ für Parteien, die in die kommunistischen Internationale aufgenommen werden wollten, wurden in der Realität recht flexibel gehandhabt (etwa gegenüber der italienischen Linken).

Das Arbeitereinheitsfront-Konzept – doch ein Schlüsselpunkt revolutionärer Strategie und Taktik und für Trotzki kardinal im Kampf gegen den Nationalsozialismus! – wird in dem Buch nicht stringent behandelt.

Hermann Dworczak

Mirjam Zadoff Der rote Hiob. Das Leben des Werner Scholem. Carl Hanser Verlag München 2014. 382 Seiten

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Ulrike Bach, Edith Bergmann, Christoph Cornides; Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

„Nationale Interessen" gegen „Westorientierung"

Gegen Ende eines jeden Jahres neigen Redaktionen dazu, Rückblicke zu veröffentlichen: normalerweise auf das zu Ende gehende Jahr, bei passenden Gelegenheiten auch auf das endende Jahrzehnt oder Jahrhundert. Die Macher(innen) von ZUERST! Haben sich dazu entschieden, in ihrer Dezemberausgabe auf „die Ära Kohl" zurückzuschauen. Sie ziehen „eine Zweifelhafte Bilanz". Für Antifaschist(inn)en ist die Diagnose nichts Neues – sie bewerten die 16 Jahre der Kohlschen Kanzlerschaft sogar deutlich negativer. Schließlich fallen in die 16 Jahre nach seiner Wahl zum Bundeskanzler 1982 u.a. die dramatische Einschränkung des Grundrechts auf Asyl, die rassistischen Pogrome von Rostock und Hoyerswerda sowie eine allgemeine Zunahme rassistischer Morde und Gewalttaten, von der Zunahme des alltäglichen Nationalismus nach dem Ende der DDR ganz zu schweigen. Aber wie kommen in der Wolle gefärbte Rechte zu diesem Ergebnis und was kritisieren sie am Vater der „geistig-moralischen Wende"?

Erstens ist Kohl ihnen nicht revanchistisch genug, sprich er stellte die europäischen Grenzen (abgesehen von der zur DDR) nicht in Frage. Im Titelbeitrag von DORIAN REHWALDT, BERNHARD RADTKE und FALK TIEDEMANN liest sich da so: „Helmut Kohl hat an den Realitäten, die die Sieger des Zweiten Weltkriegs geschaffen hatten, nicht gerüttelt. Schon kurz nach dem Mauerfall war der Druck gewaltig, nun rasch den endgültigen Verzicht auf die deutschen Ostgebiete zu erklären. Vor allem Polen, Frankreich und Großbritannien forderten dies, und im Inland konnte es der linken Opposition gar nicht schnell genug gehen, jahrhundertealtes deutsches Territorium preiszugeben". Ohne die Anerkennung der Nachkriegsgrenzen wäre die Angliederung der DDR zwar nicht zu haben gewesen aber das Manko des Verzichtpolitikers (paradoxerweise diente diese Beschimpfung ursprünglich PolitikerInnen aus CDU/CSU gegen ihre KollegInnen aus SPD und FDP) bleibt.

Zweitens war Kohl kein Politiker der „ethnischen Reinheit": „Am Ende von Kohls Regierungszeit (1998) sollte die Zahl der Ausländer in Deutschland von 4,7 auf 7,3 Millionen gestiegen sein, die der Türken von 1,5 auf 2,1 Millionen. Bereits in den frühen 1990er Jahren hatte der Bundeskanzler für Ausländer der dritten Generation Einbürgerungserleichterungen durchgesetzt, und aus dem früheren ‚Türkenschreck' war ein Fan geworden… Die Verwässerung der ethnischen Identität durch weitgehende Tatenlosigkeit und Ignoranz beim Thema Zuwanderung ist ein klarer Minuspunkt in der Bilanz der Ära Kohl, da sie sich gegen das nationale Interesse des Staatsvolks richtet".

Zentraler Kritikpunkt der Autoren aber ist die Westintegration der Bundesrepublik, die Einbindung in EU und NATO, die, so ZUERST!, gegen die nationalen Interessen Deutschlands verstieße: „Die Westbindung der alten Bundesrepublik war Kohl immer wichtiger als die deutsche Einheit…. seine Rolle bei dem Prozeß, immer mehr Staaten Europas unter die Knute des Brüsseler Molochs zu zwingen – auch und gerade das eigene ‚Vaterland'… Unter Kohl war Deutschland nicht Getriebener, sondern forscher Antreiber seiner eigenen nationalen Selbstentmachtung".

Um die Westintegration der Bundesrepublik geht es im Kern auch im Interview mit Dr. Wjatscheslaw Daschitschew, einem einst einflussreichen außenpolitischen Berater sowjetischer Regierungen. Daschitschew vertritt das Primat einer stattlichen deutschen Ostorientierung gegen die geopolitischen Interessen der USA und der westeuropäischen Mächte: „Im Verkehr mit westdeutschen Politikern vor den Ereignissen im Herbst 1989 habe ich den Eindruck gewonnen, daß die meisten von ihnen an eine Wiedervereinigung Deutschlands nicht glaubten. Ich erklärte mir das damit, daß sie sich auf die Meinung der Vertreter des politischen Establishments Englands, Frankreichs und der USA stützten… Das Wohlwollen der Russen gegenüber den Deutschen spielte eine gewisse Rolle bei der Lösung des Problems der deutschen Einheit. Aber im Falle der Stalin-Note (*aus dem Jahr 1952 – tri*) waren… die geopolitischen Kalkulationen entscheidend. Und das war der Grund, warum die politischen Eliten in England, Frankreich und den USA Ende der 1980er Jahre so eifersüchtig und sorgenvoll die sowjetische Deutschlandpolitik betrachteten".

Und auch in der Frage der innerparteilichen Auseinandersetzungen innerhalb der AFD sieht ZUERST!-Autor ROBERT DIEHL die Frage West- oder Ostorientierung als einen entscheidenden Grund an: „Dennoch ließ er (*der AFD-Abgeordnete im europäischen Parlament Hans-Olaf Henkel – tri*) durchblicken, daß es ihm zuerst und vor allem um die Rettung des Freihandelsdogmas und um die transatlantische Partnerschaft geht. Auf Parteiveranstaltungen sei er ‚teilweise grotesken Vorurteilen gegenüber den USA' begegnet und ‚immer mal wieder auf Vorbehalte gegen die Globalisierung und gegen die Marktwirtschaft, aber auch auf abenteuerliche Verschwörungstheorien' gestoßen. Mit der Aussage, man müsse den ‚Antiamerikanismus durch Aufklärung bekämpfen', zeigt Henkel, daß er nach wie vor mit Leib und Seele treu an Washingtons Seite steht…. Offenbar sieht Gauland-Kontrahent Henkel den Zeitpunkt für günstig an, um jetzt über die Medien Druck für einen russlandfeindlichen Kurswechsel der AfD aufzubauen".

Aber, könnten manch friedensbewegte(r) Antifaschist(in) jetzt einwenden, was ist falsch an einer Politik, sich von der Hegemonialpolitik Washingtons und seiner britischen Juniorpartner ab- und einer eigenständigen Außenpolitik, die in erster Linie auf die Interessen der Menschen setzt und für Verständigung mit Russland eintritt, zuzuwenden? Nichts ist falsch daran – wenn nicht außer Acht gelassen wird, dass es ZUERST! nicht darum geht, sondern dass die US-Interessen, die ausschließlich geopolitisch gesehen werden, gegen deutsche geopolitische Interessen ausgetauscht werden sollen. Und diese Interessen sind nicht die der in Deutschland lebenden Menschen, sondern die Interessen derjenigen, die an einer deutschen Großmachtpolitik verdienen. „Nationale Interessen" sind für Rechte die Interessen deutscher Monopole und Militärs und angestrebt wird nicht das Ende von Großmachtpolitik sondern eine deutsche Großmachtpolitik.

Wohin die aber führt, dürfte seit 1914 und 1939 klar sein. Den Leser(inne)n von ZUERST! ist das bewusst wie ein Leserbrief von INGO KERBER verrät: „Wir sollten das Vermächtnis derer erfüllen, die ihr Leben für unser Deutschland gaben, damit die Opfer der Vergangenheit nicht umsonst waren". *tri* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 27 Euro
O Förder-Abo, 13 Hefte 30 Euro
O Jahres-Abo, 26 Hefte 54 Euro
O Förder-Abo, 26 Hefte 60 Euro
O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,– Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, IBAN DE 95 3701 0050 0010 4195 07, BIC PBNKDEFF370